

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54.

Montag, den 4. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Um das Koalitionsrecht.

Die Geschlagenen vom 12. Januar sehen offenbar nur noch eine Möglichkeit zur Rettung: Sie wollen mit Gewaltmaßregeln den Ansturm der Arbeiterschaft zurückwerfen. Sehr mutig sind sie allerdings in dieser ungeschickten und unpolitischen Abwehr nicht. Wenn einer von den Konservativen das Wort ergreift, kann man vielmehr mit Sicherheit erwarten, daß er mit allerhand theoretischer Klugelei von der Notwendigkeit spricht, das Koalitionsrecht zu „regeln“. Kristallisiert haben sich diese Vorschläge in dem Antrag der Konservativen auf Vorlage eines Gesetzesentwurfs zum Schutze der Arbeitswilligen. Es ist also immer die alte Weisheit, die wieder in den Augenblicken höchster Not hervorgeholt wird.

Am vorgestrigen Tag der Generaldebatte über den Etat des Reichsamts des Innern ist diese Frage ganz besonders erörtert worden. Unser Fraktionsredner, der Genosse Robert Schmidt, ging zuerst in seiner ausführlichen und materialreichen Rede auf diese konservative Gewaltpolitik ein. Er zeigte, wie die Syndikate, die im modernen Wirtschaftsleben eine ganz neue Organisation des Kapitalismus geschaffen haben, zugleich die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten ungeheuer steigern. Und er wies mit gutem Recht und klarer Logik auf den Widerspruch hin, der zwischen dieser Vermehrung der Unternehmerr Gewalt und dem Schrei nach dem Staatsanwaltschaft besteht. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter konnte er unter diesen Umständen als die verwundbarste Stelle bezeichnen, und er ließ klar erkennen, daß das Proletariat sich eine Einschränkung seiner Rechte nicht bieten lassen wird. Gegenüber den von der Regierung angebotenen Maßnahmen machte er auf die Angriffe aufmerksam, die vom Unternehmertum von der landräthlichen Verwaltung und von der Polizei gegen die Freiheit der Persönlichkeit dauernd begangen werden. Und es war zweifellos eine interessante Illustration des Terrorismus, wie er in Wirklichkeit geübt wird, als unser Redner die Methode aufzeigte, durch die der Großgrundbesitz in der Tat auf ein Wiederaufleben der alten Hörigkeit hinarbeitet. Die erhabenen Betrachtungen des Grafen Posadowsky auf seinen Spaziergängen durch die Gebiete der Politik wirkten angesichts solcher klarer Beweisführung wie harmlose Unwissenheit. Unser Redner vertrat zugleich die Rechte und Freiheiten der angestellten Unterstaatsbeamten, deren politische Überzeugung tags zuvor der Freiherr v. Gamp durch ihr Gehalt abgekauft zu haben glaubte. Daß unsere Politik in Wirklichkeit auch die Interessen der mittleren Schichten der Bevölkerung durchaus nicht gefährdet, vielmehr in Schutz nimmt gegen die Wirtschaftspolitik des Sunkeriums, behandelte unser Redner in ausführlicher Erörterung. Schließlich wies er die Regierung, die so leicht geneigt ist, auf die scharfmacherischen Anregungen der Rechten sich einzulassen, auf die zahllosen sozialpolitischen Aufgaben hin, die das Volk von der Gesetzgebung erfüllt wissen will.

Der konservative Redner Graf v. Carmer-Ziesewitz wußte indessen auf diese überzeugenden Darlegungen nicht anders zu erwidern, als indem er erneut die Märchen vom gewerkschaftlichen Terrorismus verbreitete. Neue Argumente, neue Gedanken waren ja auf diesem Gebiete nicht zu erwarten, und in der Tat ließ auch die ganze Darlegung auf die Forderung des Ausbaus des bestehenden Rechts hinaus. Selbstverständlich will auch der konservative Herr es vermeiden, daß man von einem Ausnahmegesetz spricht: er nennt es natürlich Schutze der Arbeitswilligen. Aber diese lächerliche Schamhaftigkeit mußte ohne jede Wirkung bleiben. Sogar der nationalliberale Redner, der nun folgte, der Abg. Thoma, ließ sich auf diese feinfühligere Unterscheidung nicht ein. Er lehnte vielmehr jede Verschärfung der bestehenden Gesetzgebung ab. Ja, er betonte sogar — übrigens persönlich, wie er besonders hervorhob —, daß die heutige Gesetzgebung nur einen Schutz desjenigen vorsteht, der sich nicht koalieren will, denjenigen aber, der durch die Koalition abgehalten werden soll, ohne jeden Schutz läßt. Er wünscht deshalb, daß endlich der positive Inhalt des Koalitionsrechts festgelegt wird. Als Kommentar zu den Darlegungen des konservativen Redners über den angeblichen gewerkschaftlichen Terrorismus waren die Berichte des polnischen Redners Sosinski außerordentlich lehrreich: er wies an zahlreichen Beispielen nach, wie namentlich in Oberschlesien, sowohl die polnische wie die deutsche Arbeiterschaft durch Unternehmertum und Verwaltung fortgesetzt vergewaltigt werden. Vor ihm hatten noch der Abg. Barisch für die Fortschrittliche Volkspartei die Forderungen des Handwerks vertreten und den Konservativen vorgeworfen, daß sie durch ihre reaktionäre

Politik die Interessen des Mittelstandes empfindlich verletzten. Heute ging die Generaldebatte weiter. Für unsere Fraktion sprach noch Genosse Sachse.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Großende Agrarier.

Die Suspendierung des Kartoffelzollens läßt die Agrarier noch immer nicht zur Ruhe kommen. Auf die Verfügung des Bundesrats, nach der Kartoffeln vorjähriger Ernte, die nach dem 14. Februar aber vor Ablauf des 30. April 1912 eingehen, zollfrei gelassen werden dürfen, antwortet die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wir möchten hier in aller Öffentlichkeit und mit aller Entschiedenheit an den Bundesrat die Frage richten, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen er eine solche Verfügung zu erlassen sich für berechtigt hält? Im Zolltarifgesetz, das soll hier einmal ausdrücklich festgenagelt werden, ist von einer solchen Vollmacht für den Bundesrat mit keinem Worte die Rede!“

Im Zolltarifgesetz steht allerdings nichts davon, daß der Bundesrat die Vollmacht hat, aus eigener Entschliebung Zölle einseitig aufzuheben. Dem Bundesrat ist aber die Befugnis eingeräumt, „Begründungen“ einzureichen zu lassen und die einstweilige Aufhebung des Kartoffelzollens wird auch ausdrücklich nur als eine solche Begründung aufgefaßt. Der „Deutschen Tageszeitung“ ist es auch gar nicht so sehr um die Suspendierung dieses Zolles, als vielmehr um das Prinzip zu tun, sie fürchtet, daß der Bundesrat gelegentlich einmal einen anderen Zoll, etwa den Getreidezoll zeitweilig suspendieren könne, unter der Eiskette: Begründung für Getreideeinfuhr. Daß diese Möglichkeit besteht, kann nicht bezweifelt werden, es muß sogar erwartet werden, daß der Bundesrat auf dem einmal beschrittenen Wege weitergeht. Der Fleischverleuerung kann z. B. auf diese Weise ein Regel vorgehoben werden. Bei nächster Gelegenheit werden die Agrarier im Reichstage natürlich ein großes Geschrei machen, aber damit schaffen sie die Tatsache nicht aus der Welt, daß der Bundesrat die ungeheuerlichen Folgen der Zölle auf Lebensmittel wesentlich lindern kann, sobald er den Willen dazu hat.

Der Adel im deutschen Reichstag.

Das Parlament des allgemeinen Wahlrechts ist dem deutschen — lies preussischen — von Legislaturperiode zu Legislaturperiode unangenehmer geworden. Immer mehr ziehen sie sich in anständig dolierte Ausschussstellen, in andere Repräsentationsposten, die bessere Gesellschaft und zu Sekt und Auster zurück, um dort über die „ständig zunehmende Frechheit des Pöbels“ zu schimpfen. Das Verschwinden der „Aristokratie“ aus dem deutschen Reichstage ist durchaus konstant, wie die folgenden Zahlen aufweisen. Im deutschen Reichstag waren adelige Mitglieder:

1867 (297 Abgeordn.)	139	1898	83
1878	166	1903	77
1890	126	1907	72
1893	102	1912	57

Von den 57 Adelligen, die 1912 wieder in den Reichstag einzogen, sthen auf dem rechten Flügel des Hauses 27, dazu sind noch 14 zu dem Zentrum und den Welfen zu rechnen. Die Polen haben 8 Adelige in ihren Reihen, die bürgerliche Linke 7, die Sozialdemokratie 1 — Genosse v. Vollmar. Die deutschkonservative Partei besteht zur kleineren Hälfte aus Adelligen, die deutschhannoversche Gruppe zu vier Fünfteln.

Auch der militärische Einschlag des Reichstages ist merklich zurückgegangen. Es sind jetzt nur 80 Reichstagsabgeordnete Offiziere des aktiven Heeres, der Reserve oder Landwehr, gegen 114 im Jahre 1907. Generale, die zugleich M. d. R. sind, gibt es jetzt nur noch 2, 1907 waren es 6.

Hoffentlich kommt bald der Tag, da rechtsstehender Adel und ebensolche Militärpersonen den Reichstag boykottieren. Die Sozialdemokratie wird gern Streikposten stehen!

Finanzgemeinschaft in Thüringen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten der thüringischen Landtage streben seit langer Zeit eine Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Verwaltung dieser Miniaturstaaten an. Der eifrigen Propagierung dieses Gedankens ist es wohl zuzuschreiben, daß die bürgerlichen Abgeordneten von Coburg im gemeinsamen Landtag für Coburg und Gotha einen Antrag eingebracht haben, der eine Finanzgemeinschaft für Coburg und Gotha, sowie die Übernahme der Volksschullehrer auf den Staat verlangt.

Gleichviel, ob der Antrag jetzt Erfolg hat oder nicht, der Gedanke des Zusammenchlusses bricht sich doch nun endlich auch in bürgerlichen Kreisen Bahn. Jedes dieser Ländchen hat einen Minister, der eigentlich weit weniger zu verwalten hat, wie der Bürgermeister einer größeren Stadt. An Stelle des halben Duzend Staatsminister würde ein einziger vollständig genügen. Im Bundesrat ist zwar jedes dieser Ländchen durch seinen Minister vertreten, denn die thüringischen Staaten haben einen gemeinsamen Stellvertreter in der Person des weimarschen Staatsrats Dr. Nebe, dessen Gehalt von den Staaten gemeinsam bezahlt wird. Jeder einzelne Landtag muß dann den Teil des Gehaltes bewilligen, der auf das einzelne Ländchen entfällt. Instruiert wird dieser Stellvertreter von den einzelnen Regierungen und theoretisch ist es keineswegs ausgeschlossen, daß er in ein- und derselben Sache die ihm zur Verfügung stehenden Stimmen in verschiedener Weise abgeben muß. Mit diesem Überbleibsel aus Deutschlands Zerissenheit sollte doch endlich einmal aufgeräumt werden.

Aus dem „freien“ Hessenlande.

Ein von liberaler Seite ausgehender skandalöser Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung im Jahre 1910 verurteilten Offenbacher Unternehmer aus Haß gegen die Arbeiterbewegung die dortige allgemeine Ortskrankenkasse und die Arbeiter dadurch schwer zu schädigen, daß sie Betriebskrankenkassen begründeten und „ihre“ Arbeiter der Ortskrankenkasse entzogen. Die Arbeiter fühlten sich durch die ungünstigeren Leistungen der Betriebskrankenkassen geschädigt, die Ortskrankenkasse aber dadurch, daß ihr die besten Mitglieder entzogen wurden, während die schlechter zahlenden und häufiger krank werdenden in der Kasse verblieben. Das raffinierte Attentat liberaler Unternehmer auf die Lebensinteressen der Offenbacher Arbeiter weckte natürlich deren Grimm, der nach einer Versammlung im November 1910 in einem Demonstrationzüge von einigen hundert Arbeitern vor das Haus eines der verhaftesten Unternehmer, des Fabrikanten Boehm, zum Ausdruck kam. Da auch einige lärmende und beleidigende Zurufe an die Adresse des „Arbeiterfreundes“ erfolgten, kam es zu einem Prozeß, in welchem ein angeblicher Anführer wegen Rufschädigung und Übertretung des Vereinsgesetzes zu einer Haftstrafe verurteilt wurde. Die Offenbacher verbündeten Nationalliberalen und Alerikalen aber beschloßen nunmehr, sich mit der Bitte an die heßische Regierung zu wenden, die Offenbacher kommunale Polizeiverwaltung zu verstaatlichen. Es war vor allem die Wut dieser Helben über die kurz vorher erstikene schwere Niederlage bei den Stadtverordnetenwahlen und die Ausichtslosigkeit, noch einmal wieder zur Mehrheit im Offenbacher Stadtparlament zu kommen, die sie zur Preisgabe des wichtigen kommunalen Selbstverwaltungsrechtes bestimmten.

Die Regierung ließ sich die gebotene Gelegenheit, die Macht der Sozialdemokratie zu schmälern und die eigene zu vermehren, natürlich nicht entgehen. Ohne auch nur den Versuch zu machen, von den zunächst Betroffenen, der Bürgermeisterei und der Stadtverordnetenversammlung, eine Meinungsäußerung zu erhalten, ohne diesen Faktoren Gelegenheit zu geben, sich über die gegen sie erhobenen Beschuldigungen zu äußern, verlangte die Regierung vom Landtage die Mittel zur Einsetzung eines staatlichen Leiters der Offenbacher Polizei. Begründet wurde die Forderung mit einer Reihe völlig unwahrer Behauptungen über die angeblich unhaltbaren polizeilichen Zustände Offenbachs. Erst die Verhandlungen im Finanzausschuß des Landtags gaben der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit, Stellung zu der Sache zu nehmen. Sie wies nach, daß u. a. die Behauptung der Regierung, in Offenbach seien zahlreiche Verbrechen unentdeckt geblieben, völlig aus der Luft gegriffen und die unerhörte Verdächtigung, die Polizei sei in der Ausübung ihrer Tätigkeit durch Rückstößen auf Stadtverordnete gelähmt, eine infame Verleumdung ist. Von der Darmstädter Staatsanwaltschaft ist wiederholt die Offenbacher Kriminalpolizei als die beste des Landes gelobt worden, seit Jahren wurden alle Forderungen für die Ausgestaltung der Polizei in Offenbach bewilligt und nur unter dem Regime des von den Sozialdemokraten abgesetzten nationalliberalen Oberbürgermeisters Brink waren die Polizeiverhältnisse Offenbachs schlecht, wie gerade aus den Akten des früheren Offenbacher Kreisrats und jetzigen Polizeiministers von Homberg festgestellt werden konnte.

Wie in der Stadtverordnetenversammlung, so wurde auch in den jetzt begonnenen Staatsberatungen der zweiten heßischen Kammer von den sozialdemokratischen Vertretern das reaktionäre Vorgehen der Regierung und der „liberalen“ Offenbacher Unternehmer zerrissen. Trotzdem ist nach den Erklärungen der maßgebenden Parteien im Landtage, der Nationalliberalen, Alerikalen und Anti-

Teinten an der Annahme des Regierungsantrages nicht zu zweifeln. Man glaubt damit — und das ist für diese „Volksvertreter“ allein entscheidend — die Sozialdemokraten zu schädigen. In Wahrheit wird die Wärfre der Sozialdemokratie nur neues Wasser auf die Mühlen leiten.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Sonnabend die Initiativeanträge, und zwar zunächst den Antrag des konservativen Abg. Brandenstein, betr. Änderung der Geschäftsordnung. Obwohl der Antrag seinem Wortlaut nach lediglich die veralteten Bestimmungen der Geschäftsordnung beseitigen will, handelt es sich doch, wie die Vorgänge der letzten Jahre beweisen haben, um den Versuch, aufs neue die Rechte der Minderheit, vor allem der Sozialdemokraten zu schmälern. Genosse Hirsch wies namens der Fraktion auf die wirkliche Tendenz des Antrags hin, der darauf hinausläuft, die Sozialdemokratie und mit ihr die größte Zahl der preussischen Wähler mundtot zu machen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Geschäftsordnungskommission überwiesen. — Ohne Debatte der Budgetkommission überwiesen wurde ein nationalliberaler Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die Jugendpflege. Gleichfalls an eine Kommission ging eine Reihe von Anträgen, die eine Regelung des Submissionswesens bezwecken. Genosse Leinert bestimmte im Gegensatz zu den Antragstellern, die sich als angebliche Freunde des Mittelstandes anspielen und den Arbeiterschutz völlig vernachlässigen, daß es sich bei der Regelung des Submissionswesens in erster Linie darum handeln müsse, den wirtschaftlich Schwachen ausreichenden Schutz angebeihen zu lassen. — Endlich begann das Haus noch mit der Beratung zweier Anträge auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung der Wohnungsverhältnisse in Großstädten. Die Debatte kam aber über die Begründung des Antrags nicht hinaus; sie soll am nächsten Schwerinstage fortgesetzt werden.

Kuhhandel um das Reichstagspräsidium.

Die „Nationalzeitung“, das Berliner Organ der Nationalliberalen, berichtet: „Zwischen den verschiedenen Fraktionen im Reichstage finden gegenwärtig Besprechungen statt, um die Möglichkeit eines gemeinsamen Zusammengehens der bürgerlichen Parteien ins Auge zu fassen. Als Vertreter der Nationalliberalen ist der Abg. Wasseremann beauftragt, die Verhandlungen zu führen, die jedoch noch nicht zu bestimmten Vorschlägen gediehen sind. In erster Linie kommt als nationalliberaler Präsidenschaftskandidat wieder der Abg. Passche in Betracht, den man allerdings nicht zum drittenmal in die peinliche Lage bringen dürfte, nach der Wahl auf den Posten verzichten zu müssen. Die Aussichten auf eine Verständigung sind bis zur Stunde außerordentlich gering, da man in der nationalliberalen Fraktion weder einem ausgesprochenen Präsidium der Linken, noch einem der Rechten geneigt ist.“

Die neue Gesetzesvorlage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„In mehreren Blättern wird der Umstand, daß die Wehrvorlagen dem Reichstage noch nicht zugegangen sind, auf eine vermeintliche Unentschlossenheit der Reichsleitung über ihren Umfang zurückgeführt. Diese Annahme ist völlig hinfällig. Die neuen Wehrforderungen, die ausschließlich nach den Bedürfnissen der nationalen Verteidigung aufgestellt sind, stehen in ihren Grundzügen seit längerer Zeit fest. Die Ausarbeitung sowohl dieser Gesetzesentwürfe als auch der dazu gehörigen Deckungsvorschläge wird dieser Tage abgeschlossen. Die Vorlagen gehen dann sofort an den Bundesrat und nach dessen Beschlüssen an den Reichstag.“

Die „Militärpolitische Korrespondenz“ verbreitet die Mitteilung, daß zwei neue Armeekorps aufgestellt werden; das eine kommt in die Reichslande, das andere nach Ostpreußen. Damit sagt die sogenannte Korrespondenz absolut nichts Neues, zudem hat das Kriegsministerium mehr als einmal ausdrücklich erklärt, daß dieser Korrespondenz dort keinerlei Auskünfte erteilt werden. Der Umfang der neuen Militärvorlage wird keinerlei Überraschungen bringen, weit größer ist das Interesse daran, wie die Mittel zur Deckung der enormen Mehrausgaben aufgebracht werden sollen. Die bürgerlichen Parteien im Reichstage werden der Militärvorlage einmütig zustimmen; jeder Zweifel daran ist ausgeschlossen. Umso größere Schwierigkeiten wird natürlich die Deckungsfrage bieten und da besteht nach den bisherigen Erfahrungen die ernste Befürchtung, daß schließlich doch wieder die Lasten auf die Massen überbürdet werden.

Zur Rudolstädter Landtag

wurde am Donnerstag in die Generaldiskussion über den von der Regierung vorgelegten Etat für 1912-14 und die damit im Zusammenhang stehenden Gesetzesvorlagen eingetreten. Staatsminister v. d. Recke gab seiner Befriedigung über den finanziell günstigen Staatsabschluss Ausdruck. Beim neuen Einkommensteuergesetz sei jedoch eine Befreiung der Stufen bis 700 Mk. nicht möglich, da mehr als die Hälfte aller Steuerzahler unter 700 Mk. eingeschätzt sind. Die Realsteuern könnten nicht abgefragt werden, da der finanzielle Ausfall zu groß sei. Die Vermögenssteuer würde kaum 100 000 Mk. bringen, deshalb habe man von ihrer Einbringung abgesehen und eine Kapitalrentensteuer vorgeschlagen. Die Grund- und Gebäudesteuer müsse gesetzlich festgelegt werden, dann sei die Regierung einer Erleichterung nicht abgeneigt. Die vorgesehene achtprozentige Lohnerhöhung an alle Beamte sei bedingt durch die Steigerung aller Lebensbedürfnisse. Im kommenden Winter soll ein neues Besoldungsgesetz vorgelegt werden für die Geistlichen und Lehrer. Eine Trennung von Kirche und Staat könne die Regierung nicht zugeben. Was das Wahlgesetz der Höchstbesteuerten anbelange, so sei eine Erweiterung von Privilegien nicht beabsichtigt. Der Minister sprach zum Schluß die Erwartung aus, daß es zu einer Verständigung zwischen Landtag und Regierung kommen werde.

Namens unserer Fraktion sprach Genosse Hartmann. Seine Rede war eine eindrucksvolle Kritik der

Regierungsvorlagen, und lebhaft trat er für die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Forderungen ein. Die von der Regierung vorgeschlagene Beamtengehaltserhöhung müsse eine andere Regelung erfahren. Den Zuschuß von 18 000 Mk. für die Geistlichen lehnen wir ab, dagegen sind die Zulagen auf Forst- und Waldarbeiter auszudehnen. Das neue Volksschulgesetz begrüßen wir als einen Fortschritt, obwohl es noch einiger Verbesserungen bedarf. Die Realsteuern müssen nach und nach abgeschafft und beim Zustandekommen des neuen Besoldungsgesetzes darauf gesehen werden, daß die Zahl der Beamten aufs Äußerste beschränkt und gute Leistung garantiert wird. Die Kürzung der Kameralrente um 32 000 Mk. ist eine ernste Forderung unserer Fraktion. Der Wahlrechtsentwurf der Höchstbesteuerten ist für uns unannehmbar, weil das Höchstbesteuertenrecht überhaupt ein Privilegium ist. Unser Redner schloß: „Wir hätten kraft unserer Majorität alle Anträge durchdrücken können, tun dies aber nicht, sondern sind bestrebt, Ihnen zu zeigen, daß wir praktische Arbeit leisten können. An uns soll eine Verständigung nicht scheitern, doch muß die zukünftige Politik sich in der Richtung bewegen, die unsere Anträge zeigen. Wir stehen auf dem Boden der Befassung; es liegt an der Regierung und den bürgerlichen Abgeordneten, ob der seit Jahren dauernde Streit fortbestehen soll, oder ob ein gezieltes Zusammenarbeiten möglich ist.“

Nachdem der Agrarier Rixten und der Nationalliberale Große ihren prinzipiellen Standpunkt dargelegt und zwei Staatsräte gegen unsere Genossen polemisiert hatten, wurden in später Abendstunde die Verhandlungen abgebrochen.

Landtagsauflösung in Schwarzburg-Rudolstadt?

Die am Freitag im Landtag vorgenommene Aussprache aller Parteien hat nicht, wie man annahm, zu einer Annäherung zwischen den Parteien geführt, sondern die politischen Gegensätze haben sich verschärft. Da die Regierung ihren Gesetzentwurf über das Wahlrecht der Höchstbesteuerten nicht zurückziehen will, die sozialdemokratische Landtagsmajorität aber entschieden auf ihrer Ablehnung beharrt, ist der einzige Weg zur Lösung eine Landtagsauflösung. Man glaubt, daß diese Auflösung in der voraussichtlich nächsten Montag stattfindenden Landtagsitzung, wo das Gesetz zur Beratung steht, erfolgen wird.

Osterreich-Ungarn.

Zum ungarischen Abgeordnetenhaus kam es am Sonnabend zu mühen Szenen. Der Präsident hatte in ganz eigenmächtiger Weise Abgeordnete zur Ordnung gerufen. Als er ein Schriftstück der Opposition zerriß, entstand ein furchtbarer Tumult, in dessen Verlauf der Präsident von mehreren Abgeordneten für verrückt erklärt wurde. Die öffentliche Sitzung wurde aufgehoben; nachdem der Präsident sich entschuldigt hatte, war die Ruhe wiederhergestellt.

China.

Wirren in der Republik. Aus Peking wird gemeldet: Bis Freitagabend ist immer noch geschossen und geplündert worden. Eine große Feuersbrunst war das Ergebnis der Soldatenrevolte. Das Besitztum der Fremden, außerhalb der Gesandtschaftsgebiete ist schwer beschädigt worden, doch wird für die Fremden nicht mehr gefürchtet. Den „Times“ wird berichtet: Am 1. März, zu derselben Zeit, da die Unruhen in Peking stattfanden, meuterte das zwölfte Regiment der gleichen Division am Eisenbahnknotenpunkt Fangtai in der Nähe von Peking. Beunruhigende Nachrichten sind über die Meuterei der sechsten Division in Faotingfang eingetroffen. — Am Sonnabend morgen kam es in Peking zu einer ersten Wiederholung der Unruhen, besonders im Westen der Stadt, wo in allen Straßen geplündert wurde und viele Brände ausbrachen. Die Meuterer von Peking und Paotingju, die durch Soldaten verstärkt wurden, plünderten Paotingju und brannten große Teile der Stadt nieder. Andere Gruppen plünderten Faotingfang und Jungpingju. Pjüanhang wurde von den Defegierten telegraphisch gebeten, die republikanische Armee nach Peking zu führen, um die Ordnung wiederherzustellen, da die Regierung die Situation nicht beherrsche. Die fremden Gesandten beraten über ein gemeinsames Vorgehen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 4. März.

Der Sozialdemokratische Verein hält morgen, Dienstag, abend seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht neben der gewöhnlichen Versammlung und jede Genossin stark interessierenden Abrechnung von der Reichstagswahl ein aktueller Vortrag des Genossen Stelling über: „Was wird der neue Reichstag uns bringen?“ auf der Tagesordnung. Außerdem soll der am 12. Mai stattfindende Frauentag einer Besprechung unterzogen werden. Angehts dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Zum Streik der Lübecker Schneider wird uns von der Streikleitung geschrieben: Am 1. Dezember 1911 wurde der Tarif zum 1. März 1912 gekündigt, nachdem er 3 Jahre bestanden hatte. Gefordert wurde eine 10-, 12- und 15-prozentige Lohnerhöhung auf sämtliche Grundlöhne, auf Extrararbeiten wurde keine Zulage gefordert. Wer nun dachte, die Arbeitgeber würden unseren Forderungen einigermaßen gerecht werden, der wurde aber arg enttäuscht. Am 15. Januar 2½ Proz. und außerdem waren 39 Positionen von den Extrararbeiten, die schon über 10 Jahre im Tarif vorgesehen waren, gestrichen. Es wurde dem Arbeitgeber-Verband mitgeteilt, daß wir nicht früher in Verhandlungen eintreten würden, bevor nicht sämtliche Abzüge zurückgezogen wären. In der am 22. Januar stattgefundenen Sitzung gelang es denn auch, diese gestrichlenen Positionen wieder in den Tarif hineinzubringen. Am 25. Januar wurde in die Verhandlung über den materiellen Teil des Tarifes eingetreten. In dieser Sitzung erhöhten die Arbeitgeber ihr Angebot von 2½ auf 5 Proz. Der einzelne Arbeiter hätte auf Stücklohn nach diesem Angebot eine Lohnerhöhung von 2 Bfg. pro Stunde erhalten. Diejenigen Arbeiter, die auf Stunden beschäftigt werden, sollten eine Zulage von 3 Pfennig erhalten. Wenn man nun bedenkt, daß der Tarif vielleicht 3 bis 4 Jahre bestehen soll, kann

man das überhaupt keine Zulage nennen. Diefershalb würde auch das ganze Angebot der Arbeitgeber in unserer Versammlung einstimmig abgelehnt und der ganze striktige Tarif den beiderseitigen Hauptvorständen überlesen. Vom 22. bis 28. Februar fanden die gemeinsamen Verhandlungen in Frankfurt a. M. statt. Jede Stadt, die an der Lohnbewegung beteiligt war, war durch zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer vertreten. Nun zeigte sich aber in Frankfurt im Laufe der Verhandlung, daß die Arbeitgeber überhaupt in keiner Stadt mehr bewilligen wollten als wie 5 Proz. und es wurden hierauf die ganzen Verhandlungen abgebrochen. Es blieb nun weiter nichts übrig, als am 1. März die Arbeit einzustellen. — Hier in Lübeck melden sich am Freitag 194 Kollegen zur Kontrolle, darunter 4 weibliche. Es sind dies unsere sämtlichen am Orte anwesenden Mitglieder. Außerdem kommen in Travemünde noch vier Kollegen der Firma Konaack in Betracht, die ebenfalls die Arbeit eingestellt haben. Bis jetzt haben wir unsere Forderungen anerkannt 14 Gehälter mit 42 Arbeitern. Unter diesen geregelten Geschäften befindet sich auch die Firma Spille u. von Lümann, Sandstraße, und das Holstenhaus. Wir richten nun an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, bei Einkauf von fertigen Kleidungsstücken namentlich zu Palmsonntag und Ostern nur die Geschäfte zu berücksichtigen, die für uns geregelt sind.

Straßenverre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Strecke der Meierstraße von der Hansastraße bis zur St.-Lorenz-Brücke und die Strecke der Schützenstraße vom Töpferweg bis zur Straße Weimertstraße vom 5. d. M. ab voraussichtlich auf die Dauer von 4 Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Musterung für den Aushebungsbezirk der freien und Hansestadt Lübeck. Die diesjährige Musterung für den Aushebungsbezirk der freien und Hansestadt Lübeck wird in der Zeit vom 14. bis 29. März d. Js. in Lübeck auf dem Boekenhofs (Vorstadt St. Gertrud) stattfinden. Sollten Militärpflichtige, welche hier Gefestungspflichtig sind, noch nicht zur Stammrolle angemeldet sein, so haben sie sich unverzüglich im Geschäftszimmer der Ersatzkommission anzumelden. Die Militärpflichtigen haben in den Musterungsterminen, welche auf den ihnen zugesandten Stellungsbescheiden angegeben sind, pünktlich zu erscheinen. Falls ein Militärpflichtiger bis zum 7. März 1912 nicht im Besitze eines Stellungsbescheides ist, hat er sich am darauffolgenden Tage im Geschäftszimmer der Ersatzkommission, Schüsselbuden 10, 2. Stage, behufs Empfangnahme eines solchen zu melden. Diese Meldung kann von den auf dem Lande wohnhaften Militärpflichtigen, unter Aufgabe ihrer Personalien, schriftlich erfolgen. Es empfiehlt sich, daß Militärpflichtige, welche mit fehlerhaften Augen oder sonstigen nur schwer erkennbaren körperlichen Fehlern behaftet sind, ein diesbezügliches ärztliches Attest vorlegen. Militärpflichtige, welche sich nicht zur Musterung stellen oder beim Aufzut ihrer Namen im Musterungsraum nicht anwesend sind, können nicht nur durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmaßnahmen zur sofortigen Stellung angehalten werden, sondern unterliegen auch den in der Wehrordnung vom 22. November 1888 angedrohten Geld- oder Gefängnisstrafen und den sonstigen Wirkungen, die in der Wehrordnung als Folgen ihrer Nichtstellung bezeichnet sind. Militärpflichtige, welche Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung vom Militärdienst stellen wollen, müssen die Verhältnisse, durch die diese Anträge begründet werden, sobald als möglich vor Beginn der Musterung im Geschäftszimmer der Ersatzkommission oder spätestens im Musterungstermine selbst darlegen.

Schiffahrt für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Bfg. für je 20 Gramm): „George Washington“ ab Bremen 9. März, „President Grant“ ab Hamburg 14. März, „Kaiser Wilhelm der Große“ ab Bremen 19. März, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 23. März, „Amerika“ ab Hamburg 28. März; Postschluß nach Antritt der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „President Grant“, sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen. Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach andern Gebieten Amerikas, z. B. Kanada.

Gesamtübersicht über die Stadt Lübeck für die Monate Oktober, November und Dezember. (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zahl des Vorjahres.) Lübeck hatte Ende September 1911 98 759 (97 371) Einwohner. Im 4. Quartal kamen 134 (202) durch Geburten überschüssig und 897 (1002) durch Wanderungsgewinn hinzu; die Bevölkerung stieg also um 1031 (1204) und stellte sich demnach Ende 1911 auf 99 790 (98 584) Einwohner. Die natürliche Bevölkerungsbewegung verlief folgendermaßen: Geben wurden 234 (198) oder 9,28 pro Mille (8,02 pro Mille) geschlossen; die Geburten hat sich also gegen das Vorjahr in bemerkenswerter Weise gehoben. Geburten kamen dagegen nur 524 (594) oder 20,84 pro Mille (24,04 pro Mille) zur Anmeldung; ihre Zahl ist demnach gegen 1910 um 70 kleiner geworden und ihre Ziffer auf einen bedenklich niedrigen Satz gesunken. Von den Geborenen waren 59 (63) oder 9,83 Prozent (10,61 Proz.) unehelich und 9 (15) oder 1,72 Proz. (2,53 Proz.) tot; sowohl die unehelichen wie die tot Geborenen weisen also einen erfreulichen Rückgang auf. Die Zahl der Sterbefälle stellte sich auf 331 (377) oder 15,15 pro Mille (15,26 pro Mille), war also der Zahl nach etwas höher und der Ziffer nach etwas niedriger als im Vorjahre. Unter den Gestorbenen befanden sich 70 (85) Kinder unter 1 Jahr, während 108 (102) das 10. Lebensjahr vollendet hatten. Die Säuglingssterblichkeit, die im 3. Quartal erheblich größer als 1910 war, stellte sich im 4. erfreulicherweise niedriger; 1910 verstarben 14,08 pro Mille, 1911 nur 12,77 pro Mille. Dieser Rückgang ist aber nur bei den ehelichen Kindern (von 12,88 pro Mille auf 10,24 pro Mille) eingetreten, bei den unehelichen hat sich die Säuglingssterblichkeit von 27,09 pro Mille im Jahre 1910 auf 32,38 pro Mille im vergangenem Quartal gehoben.

Unter den Todesursachen standen wieder die Krankheiten der Kreislauforgane mit 51 (43) und zwar diesmal weit aus voran, dann folgten Krebs mit 33 (41), Altersschwäche mit 25 (25), Lungenerkrankung mit 27 (23) und Lungenschwäche mit 25 (28) Fällen. Sämtlichen ansteckenden Krankheiten fielen nur 31 (7) Personen zum Opfer. Von den 17 (18) gewaltigen Todesfällen waren 4 (9) auf Selbstmord zurückzuführen. Der Geburtenüberschuß, der sich 1910 auf 202 stellte, belief sich diesmal nur auf 184.

Die Wanderungsbewegung mied 5428 (5638) Zugzüge und 4531 (4636) Fortzüge auf; es zogen also 897 (1002) mehr zu als ab. Der Wanderungsgewinn wurde in der Hauptsache durch Zugzug von Einzelpersonen und Angehörigen bewirkt, aber auch Familienhäupter wanderten mehr zu als ab; nur bei den Anfalltsinsassen war ein Rückgang zu konstatieren. Von den einzelnen Berufsgruppen wiesen die ungelerten Arbeiter mit 196 den größten Wanderungsgewinn auf, dann folgten die Beruflosen mit 140, die Handlungsgelerten und Kollner mit 121, die Schüler mit 114, die

Wenstbötten mit 107 km. Gelehrte Arbeiter wanderten da-
gegen 48 mehr ab als zu, an Malern 28, Schlossern,
Drehern und Maschinenbauern 28, Tischlern 22 usw. Eine
Wanderbewegung hatten wir, wie stets, nach Hamburg,
ferner nach dem Auslande. Wir gewannen dagegen von un-
serem Landgebiet, vor allem aber wieder von Schleswig-
Holstein, den beiden Mecklenburg und dem Fürstentum
Lübeck. Von den Zugezogenen der Monate September bis
November hatten 62 ein Einkommen von mehr als 8000
Mark, von den Fortgezogenen nur 21; finanzielle Nachteile
hat uns die Wanderbewegung also auch im letzten Quartal
nicht gebracht.

Die Bautätigkeit war nur flau und wieder bedeu-
tend geringer als im Vorjahr. Neue Häuser wurden nur 19
(26) und neue Wohnungen 86 (130) fertiggestellt. Am Ende des
Jahres befanden sich nur 57 (62) Wohngebäude im Bau.
Das Wasserwerk gab 68 568 cbm weniger als 1910 ab,
dagegen war der Gasverbrauch um 212 7000 cbm und
die Abgabe des Elektrizitätswerkes um 28 850 cbm
größer als im Vorjahr.

Der Personenverkehr überstieg den des Vorjahres
um ein beträchtliches. Auf der Lübeck-Büchener Eisenbahn
wurden 141 271 Personen mehr als 1910 befördert und die
Einnahmen aus ihrer Beförderung stiegen um 55 822 Mark.
Auf der Gütin-Lübecker Eisenbahn nahm dagegen die Zahl
der beförderten Personen um 9620 ab und der Verdienst an
ihnen stellte sich um 83 Mark niedriger. Der Güterver-
kehr brachte beiden Bahnen mehr ein: der Lübeck-Büchener
Eisenbahn 140 680 Mark und der Gütin-Lübecker 6610 Mk.
Die Straßenbahn endlich wurde von 372 146 Personen mehr
als im Vorjahre benutzt, ihre Einnahme hob sich infolgedessen
um 42 426 Mk. Im Seeschiffahrtsverkehr gingen
890 (800) Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 247 781
(247 187) Tonnen ein. Der Verkehr hat sich also sowohl an
Zahl wie an Tragfähigkeit der Schiffe, wenn auch nur um
ein Geringes, gehoben. Der Flußschiffahrtsver-
kehr auf der Ober- und Untertrave, der Wakenitz und dem
Elbe-Trave-Kanal belief sich für den Hafenplatz Lübeck und
die übrigen Plätze an der Trave im Eingang auf 814 (930)
Schiffe, die 77 918 (116 773) Tonnen Güter löschten und
53 227 (76 815) einluden. Der bereits im vorigen Quartal
beobachtete Rückgang in der Güterbeförderung ist zum Teil
wieder durch den schlechten Wasserstand der Elbe ver-
ursacht.

Die Zahl der im Schlachthaus geschlachteten
Tiere betrug 23 816 (20 670), darunter 11 886 (9804)
Schweine, 5708 (4969) Kühe und Stieren und 2399 (2565)
nächsterer Rälber usw.; die Schlachtungen waren bei fast allen
Tiergattungen zahlreicher als 1910. Der Auftrieb auf den
Viehmarkt bezifferte sich dagegen nur auf 7151 Stück
gegen 10 259 im Vorjahre. Der erhebliche Rückgang erklärt
sich, wie im vorigen Quartal, aus der Maul- und Klauen-
seuche; letzteren wurden bis Ende Oktober weder inlän-
dische Rinder noch Schweine und Kleinvieh an den Markt
gebracht.

Die Lebensmittelpreise im Detailhandel
sind seit Anfang Oktober für Brot, Rind- und Kalbfleisch
ein wenig und für Eier und Kartoffeln erheblich gestie-
gen, dagegen für Schweinefleisch, Speck, Schmalz, Butter
und Kaffee billiger geworden. Der Durchschnittspreis des
Dezember war u. a. für das Kgr. Rindfleisch von der
Keule 1,66 Mk. (1,65), vom Bauch 1,83 Mk. (1,40 Mk.),
Schweinefleisch 1,83 Mk. (1,43 Mk.), geräucherter Speck
1,55 Mk. (1,72 Mk.), Hühner 2,40 Mk. (2,90 Mk.), Schmalz
brot 0,19 Mk. (0,15 Mk.) und Feinbrot 0,33 Mk. (0,29 Mk.)
Umsatzungen zum Gewerbebetriebe sind 179
(165) erfolgt, darunter 63 (66) von Händlern aller Art, 22
(17) von Agenten und Maklern, 19 (11) von Kaufleuten und
14 (14) von Gast- und Schankwirten.

Beim Gewerbebetriebe wurden 32 und beim Kauf-
mannsbetriebe 13 Sachen anhängig gemacht.

Die Zahl der in gewerblichen Betrieben (Fab-
riken, Werkstätten mit Motorketrieb und Bauhöfen) be-
schäftigten Arbeiter betrug am 1. Oktober 11 089
(9387), darunter 2795 (2594) weibliche. Bei den wichtigeren
Frankenkassen waren am 1. Dezember 22 476 (21 055)
Personen versichert, von denen 5200 (5104) dem weiblichen
Geschlecht angehörten. Die Arbeitsnachweise, die dem
Reichsarbeitsblatt monatlich Berichte übersenden, ver-
mittelten 1429 Stellen, davon 467 an weibliche
Personen. Arbeitsgesuche lagen 3473 vor, offene Stellen
waren 1778 vorhanden.

Die Volksküche setzte 32 407 (32 118) Portionen Speise
und 17 432 (15 997) Tassen Kaffee ab. Der Rückgang im
Umsatz, der in allen früheren Berichten zu konstatieren war,
hat also jetzt aufgehört. Der Absatz der Kaffeebuden des
Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke nahm auch im
letzten Quartal gegen das Vorjahr zu. Tassen Kaffee wurden
9174, Tassen Suppe 4830 und Semmel 3252 mehr als 1910 ver-
kauft usw.; nur der Verkauf von Milch blieb um 1343 Gläser
gegen das Vorjahr zurück.

Bei den Sparkassen wurden 37 352 Mk. (593 217
Mark) mehr eingezahlt als abgehoben; die Zunahme der
belegten Gelder war also ganz erheblich geringer als im
Vorjahre. Das Gesamtgut haben der Einleger stellte sich
am Schlusse des Jahres auf 32 584 987 Mk. (30 213 786
Mark).

Die Öffentliche Bücher- und Lesehalle ließ
34 003 Bände aus, d. s. 3514 mehr als im Vorjahre. Die
Zahl der Besucher der Lesehalle betrug 24 238 und überstieg
damit die des Vorjahres um 2494; die erhebliche Steigerung
dürfte zum großen Teil auf die Wahlbewegung zurückzu-
zuführen sein.

Das Stadttheater wurde von 65 754 (64 396) und
das Stadthallen-Theater von 5143 (5894) Personen besucht.
Das Schauspiel zog 7891 Besucher mehr als im Vorjahre
an, die Oper dagegen 3557 und das Lustspiel 2976
weniger.

Die Zahl der verpflegten Kranken betrug am Ende des
Jahres im Allgemeinen Krankenhaus 217 (188)
und in der Irrenanstalt 286 (270), war also um 45
größer als im Vorjahre.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 930
(180) gemeldet, darunter 694 (57) Masern, 145 (82) Diph-
therie- und 97 (31) Scharlachfälle; der Gesundheitszustand
war also, wie bereits im vorigen Quartal, bedeutend schlechter
als 1910. 23 (6) der Krankheiten nahmen einen tödlichen
Verlauf. Die Zahl der Beerdigungen stellte sich auf
343 (355). Feuerbestattungen haben 25 (22) stattge-
funden.

Die Badeanstalten wurden im Oktober von 2725
Personen besucht, d. s. 4491 weniger als 1910. An Steuern
und Abgaben sind insgesamt 1 545 349 Mk. (1 435 854
Mark) vereinnahmt. Mehr als im Vorjahr erbrachten die
Einkommensteuer, die Stempelabgaben und die Schiffsab-
gaben, alle anderen dagegen weniger. Die Gewerbe-
steuer, die im Vorjahre noch nicht fällig war, warf 139 679
Mark ab.

Konkursöffnung. Über den Nachlaß des am 21. Ja-
nuar 1912 in Lübeck verstorbenen Kaufmanns C. A. M. F.
Hungen, alleinigen Inhabers der Firma Hungen
u. Schüller in Lübeck, ist am 1. März 1913, nachmittags
5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechts-
anwalt Dr. Hyde in Lübeck wurde zum Konkursverwalter
ernannt.

Ein Einbruchdiebstahl. wurde in der Nacht zum
Sonntag in der Fachsenburger Allee bei dem Butterhändler
Philipp verübt. Der Dieb nahm Mettwurst sowie andere
Bederbissen mit und verschwand. Mit Polizeihunden wurde
seine Spur verfolgt.

**Vermehrung der vierten Wagenklasse auf der Lübecker
Bahn.** Man schreibt uns: Die Direktion der Lübeck-Büchener
Eisenbahn-Gesellschaft hat dem Touristenverband für Ham-
burg und Umgegend auf seine Eingabe vom 8. Februar d. J.
betr. die Einführung der vierten Wagenklasse bei gewissen
Zügen der Lübeck-Hamburger Bahn mitgeteilt, daß der
Votalsung 22, Hamburg-Lübeck, fest 7,14 und vom 1. Mai
7,80 Uhr vorm. ab Hamburg, welcher die wichtigsten Anschlüsse
nach Segeberg-Neumünster und Radeburg-Barrentin vermit-
telt, diese Wagenklasse erhalten wird.

Unfälle auf der Werk. Beim Holztragen schlug am
Freitag dem Arbeiter Hopp ein Stück Holz so stark gegen
das eine Bein, daß der Mann eine erhebliche Verletzung
davontrug und mittelst einer Droschke ins Krankenhaus be-
fürdert werden mußte. Einen gleichen Unfall erlitt am
Sonntag ein anderer Arbeiter. Einem dritten Arbeiter
wurde ein Finger gequetscht. Auch in diesem Falle mußte
ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

Überfahren. Unter dieser Überschrift berichteten wir am
Donnerstag von einem Unfall, der sich in der Wallen-
straße abgepielt hat. Wie uns nun mitgeteilt wird, kommt
das Schimmelgespann der Hansa-Meteret nicht in Betracht,
da dasselbe zur Zeit des Unfalls des Meteret noch nicht
verlassen hatte. Die Hansa-Meteret wird, wie sie uns mit-
teilt, alles versuchen, um den traurigen Vorfall aufzuklären.

Im Hansa-Theater wird gegenwärtig ein Gastspiel
des Gustav-Gollbach-Ensembles gegeben. Zur Aufführung
gelangt ein von Direktor Gollbach nach Pola umgearbeitetes
Sensationsstück: „Die rote Mühle“. Die Vorstellungen
am Sonnabend und Sonntag waren stark besucht und
stürmischer Beifall wurde sämtlichen Mitwirkenden, unter
denen an erster Stelle Herr Direktor Gustav Gollbach
als Oberst Wilms d'Arville steht, zuteil. Es handelt sich
hier um ein Stück, das den Zuhörer in Spannung bis zum
letzten Moment hält. Da die Spionage gegenwärtig
modern ist, wird sie auch in diesem Stück kultiviert. Diesen
Teil der Handlung schließt sich eine hinterlistig eingefädelte
Erbfolgeheret an. Natürlich löst sich zum Schluß alles in
Wohlgefallen auf. Wer für Sensation schwärmt, dem kann
der Besuch des Hansa-Theaters nur empfohlen werden.

Volkschülerkonzert. Das vom Lehrer-Gesangverein
zum Besten der Grünung einer Schüler-Weisefasse veran-
staltete Konzert hatte die weiten Räume des Kolosseums fast
bis auf den letzten Platz zu füllen vermocht. Mit Lust und
Liebe folgte die zahlreiche Kinderbescher beiderlei Geschlechts
der Leitung ihres Dirigenten J. Hennig, und Freude
am eigenen Tun blühte aus aller Augen. Eingeleitet und
geschlossen wurde das Konzert durch die von den Gesamt-
hören vorgetragenen geistlichen Lieder „Chre sei Gott in
der Höhe“ und das „Altiederländische Dankgebet“. Für
die Knabenchoire hatte man nur Soldatenlieder gewählt, nämlich
„Als die Preußen marschierten vor Prag“, „Der Schweizer“ und
„Der Soldat“. Uns schien, als wenn es etwas reichlich viel
des Guten gewesen wäre, doch fanden diese Lieder, ebenso
wie die von dem Mädchenchor zu Gehör gebrachten Weisen
„Wiegenlied“, „Da drüben im Tale“ und „Im schönsten
Wiesengrunde“ eine einwandfreie Wiedergabe. Da auch der
Lehrer-Gesangverein, dirigiert durch Herrn Chormeister Ru-
dolf Hellmich, selbst durch den ausgezeichneten Vortrag
einer Chöre, wir nennen nur „Aus der Jugendzeit“ und
„Untrug“ zum Gelingen der ganzen Veranstaltung beitrug,
so war selbstredend, daß lebhafter Beifall den Darbietungen
folgte. Hoffentlich wird auch das finanzielle Ergebnis ein
gutes sein.

Aufführung zum Besten der Kinderschule. Man
schreibt uns: Die für Sonnabend, den 16. März, nachmit-
tags 8 Uhr, geplante Aufführung zum Besten der Kinder-
lesehalle (im „Kolosseum“) wird bereits seit längerem mit
Eifer vorbereitet. Mitwirkende sind etwa 60 Kinder, die
unter der Spelleitung des Herrn Regisseurs W. Schweig-
guth vom Stadttheater, sich ihren Aufgaben mit großer Be-
geisterung widmen. Nach einem von Herrn Helmuth Koch
vom Schillertheater in Hamburg gesprochenen Prolog wird
von den Kindern eine lustige Straßenszene „Lübecks Kinder“
dargestellt werden, die ein fröhliches Bild von dem Leben
und Treiben auf Lübecks Straßen gibt und in der
natürlich die Typen nicht fehlen, die uns Lübeckern
so vertraut sind. Weiterer Mitteilungen möchten
wir uns enthalten, um der Wirkung des bei dieser Gelegen-
heit zur ersten Aufführung gelangenden Stückes nicht vor-
zugreifen. Wir möchten aber annehmen, daß die lustige
Szene den Zuschauern nicht weniger Freude bereiten wird,
als den Mitwirkenden. Eine Kinderoper von Körte bildet
den Hauptteil des Programms. Auch hier sind die Mit-
wirkenden Kinder. Die Kinderoper ist an anderen Orten
bereits häufig aufgeführt worden und stets mit großem Be-
fall aufgenommen. Auch hier darf man auf ein gutes Ge-
lingen rechnen, zumal die musikalische Leitung in den be-
währten Händen von Fräulein Grete Emers liegt und der
Bauerntanz von Fräulein Baumann eingeübt wird. Die
Preise der Plätze betragen 2 und 1 Mk. Karten sind bei
F. W. Raibel erhältlich.

pb. Festgenommen wurde ein Bäckergehilfe aus Graz
in Österreich, der wegen Diebstahls von der Amtsanwaltschaft
Rüstringen flehentlich verfolgt wurde. — Ein Ar-
beiter aus Helmroth wurde festgenommen, weil er das
Schaufenster eines Möbelhändlers in der Engelsgrube vor-
sächlich zertrümmert hat. — Ein Arbeiter von hier, der über-
führt ist, einen Einbruchdiebstahl in der Hanfstraße aus-
geführt zu haben, wurde festgenommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen
Dienstag erscheint Offenbachs reizvolle Oper „Hoff-
manns Erzählungen“ nochmals auf dem Spielplan.
— Für Mittwoch ist bei kleinen Preisen zum letzten Male
das heitere Trauerspiel „Hans Sonnensöbners
Hölenfahrt“, von Apel, Musik von Friedr. Beer-
mann angelegt. — Die Gastspiele des Kammerängers Heinrich
Knote am Sonnabend, dem 9. und Montag, dem 11. März
als Siegfried und Walter Stolzinger, welche die Direktion
unter großen Opfern ermöglicht hat, werden sich auch zu dem
Ereignis der Saison gestalten, denn der gefeierte Münchener
Selben-Zenor ist stets der Stern der Wagner-Festspiele im
Münchener Prinzregenten-Theater.

w. Müll. Wie kommt man dazu? Unterm
10. Januar 1912 erhielten einige Mitglieder des hiesigen Re-
servisten- und Landwehrvereins folgendes Schreiben ihres
Vorstandes zugestellt: „Herrn R. N. Da wir durch die
Polizeibehörde Kenntnis genommen haben, daß Sie
bei einer Kommunalwahl einen Sozialdemokraten gewählt
haben, sind wir verpflichtet, erstens: Nach unseren Satzungen
§ 1 und zweitens: Nach § 6 der Satzungen des preußischen
Landesregimenterverbandes Sie aus unserem Verein auszuschließen.
Der Vorstand.“ — Wie kommt die Polizeibehörde zu der Kenntnis,
daß die Betreffenden sozialdemokratisch gewählt haben
und wie kommt die Polizeibehörde dazu.

**andern Personen von ihrer Kenntnis Mit-
teilung zu machen?** Wir wollen nur darauf hinwei-
sen, daß die Wahlkommissionen nicht das Recht haben,
wie dieser oder jener Wähler bei einer Stadtverordneten-
wahl, die ja bekanntlich in Preußen öffentlich ist, gestimmt
hat; wir wiederholen die Frage: Wie kommt die
Polizeibehörde zu der Kenntnis? — Abgesehen
hat die seitens des Vorstandes des Reservisten- und Land-
wehrvereins eingeleitete Aktion einen andern Verlauf ge-
nommen als man erwartete. Bekanntlich hatte der Wert
vom Kolosseum, Herr Fey, der Sozialdemokratie sein Lokal
während des letzten Wahlkampfes zu einer Versammlung
zur Verfügung gestellt; diese Untat mußte
gerochen werden. — Herr Fey, der
auch Mitglied des Reservisten-Vereins ist, erhielt seitens des
Vorstandes die Aufforderung, aus dem Verein auszutreten;
Herr Fey weigerte sich. Die mit dem obigen Schreiben be-
achteten Mitglieder, mit Ausnahme von dreien, die eben aus-
schieden, wollten sich nicht ausschließen lassen und ersuchten
um Wiederaufnahme. In der nun folgenden Mitglieder-
Versammlung beantragte der Vorstand, die Versammlungen
aus dem „Kolosseum“ zu verlegen und die ausgeschlossenen
Mitglieder nicht wieder aufzunehmen; beide Anträge wurden
abgelehnt und der alte Vorstand nicht wieder gewählt. Darob
nun große Entrüstung bei den Abwesenden und Beschwerde
von diesen an den Kreisverbandsvorstand, der nun nach un-
serer Kenntnis verlangen soll, daß die Mitglieder-Versamm-
lungen aus dem „Kolosseum“ verlegt und die ausgeschlossenen
ausgeschlossen bleiben sollen, jedoch nach vier
Wochen wieder aufgenommen werden kön-
nen. Diesem Verlangen stehen jedoch die Beschlüsse der
General-Versammlung entgegen, nach welchem für das Jahr
1912 die Mitglieder-Versammlungen im „Kolosseum“ statt-
finden und die ausgeschlossenen wieder Mitglieder
sind. Die Sache ist noch nicht zu Ende,
aber man sieht jetzt schon, welche Wirnis entstehen
kann, wenn ein Mensch, der Mitglied eines Reservisten-
vereins ist, nach seiner Meinung, die er eigentlich in solchem
Verein nicht haben soll, wählt oder wenn ein Wirt aus Ge-
schäftsrücksichten der Sozialdemokratie sein Lokal, das vor
allen andern Parteien benutzt war, zu einer Wählerver-
sammlung hergibt. Wie die Sache schließlich enden wird,
ist in den beteiligten Kreisen die Frage; hoffentlich hat sie
den einzig richtigen Erfolg, daß sie den leidet noch in diesem
Verein befindlichen Arbeitern klar macht, daß sie, wenn sie
Männer und nicht Heloten sein wollen, in solchem Verein
nichts zu suchen, sondern sich den einzigen für sie in Frage
kommenden Vereinen, den Gewerkschaften und dem sozial-
demokratischen Verein anzuschließen haben. — Konsum-
verein. In der hiesigen Arbeiterschaft wurde seit einiger
Zeit der Wunsch geäußert, einen Konsumverein zu gründen,
um dadurch zu versuchen, der durch die indirekten Steuern
und anderen Ursachen herbeigeführten ungeheuren Teuerung
der Lebensmittel in etwas zu steuern. Nach den
dazu nötigen Vorarbeiten fand am Sonnabend
abend im „Lübecker Hof“ eine öffentliche, sehr gut besuchte
Versammlung statt, in welcher Herr Aug. Rasch-Hamburg
einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Warum be-
darf der Arbeiter der genossenschaftlichen Selbsthilfe“ hielt.
Nach dem Vortrage machte der Geschäftsführer des Lübecker
Konsumvereins, Herr Henze, interessante Mitteilungen
über diesen Verein. Es wurde von der Versammlung ein-
stimmig beschlossen, Mitglieder des Lübecker Konsumvereins
zu werden und die notwendigen Mitglieder zu werden, da-
mit eine Warenabgabestelle hier errichtet werden kann. Eine
aus 10 Personen bestehende Kommission wurde gewählt, die
die Arbeiten zu erledigen hat; 26 Personen erklärten sofort
schriftlich ihren Beitritt. Hoffen wir, daß das angefangene
Werk zu gutem Ende geführt wird, und daß wird geschehen,
wenn jeder Versammlungsbesucher Mitglied des Vereins wird
und Mitglieder für denselben wirbt.

Hamburg. Die Bürgerschaft genehmigte in ihrer
letzten Sitzung nach kurzer Beratung den Senatsantrag betr.
die Aufhebung der zweiten Prüfung für Leh-
rerinnen. In der Beratung trat Genosse Krause für
den Fortfall der zweiten Prüfung auch für die Lehrer ein.
Dann trat das Haus in die Fortsetzung der allgemeinen
Besprechung über den Ausschlußbericht betreffend die Per-
absetzung der Gebühren für Stellenvermit-
ler und der dazu gestellten Anträge ein. Ohne wesentlich
neue Momente zu bringen, zog sich die Debatte lange hin,
bis schließlich die Zurückverweisung der ganzen Sache an
den vier Personen zu verfassenden Ausschuß als Ergeb-
nis der Beratung erreicht war. Dann kam der Senats-
antrag wegen Anweisung eines Platzes beim Berliner Tor für
die Erbauung einer neuen Hauptkaserne an die
Reihe. Das Haus entschied sich nach längerer Debatte zu
einer Verweisung des gesamten Senatsantrages an einen
Ausschuß von neun Personen.

Neumünster. Schwere Unfall. Die 12jährige
Tochter Alma des Fuhrers Greve in Großenaspe geriet
Sonntagabend in der Fröhe mit der Schürze in ein Hölzerwerk,
das von zwei Pferden gezogen wurde. Das Mädchen
wurde zu Boden geschlagen und auf der Stelle getötet.

Wilhelmshaven. Ungetreuer Sekretär. Der
frühere Sekretär des Arbeitgeberverbandes von
Rüstringen-Wilhelmshaven, Stricki, der
dortselbst unter dem falschen Namen Jaworski austrat,
wurde vom Landgericht in Aurich wegen Urkundenfäl-
schung, die er während seiner Tätigkeit in Wilhelmshaven
begangen hatte, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.
St. hatte zuungunsten seiner Arbeitgeber 1894,94 Mk. ver-
untreut und mehrere Quittungen gefälscht. Er trat recht
noble auf, obwohl er schon verschiedenes auf dem Kerbholz
hatte, und brüstete sich besonders seiner Verbindungen mit
höheren Beamten.

Wilhelmshaven. Der Schugmann Claus, der
der Spionage beschuldigt ist und wegen Unterschlagung in
London verhaftet und an Deutschland ausgeliefert wurde, ist
Sonntagabend in das Auricher Gefängnis einge-
liefert worden.

Wismar. Mecklenburgisches. Hier hatte die
Stadtverordnetenversammlung unsern Genossen Reine in
die Gewerbeschulungskommission gewählt. Obwohl dem Magistrat
keinerlei Bestätigungsrecht zusteht, erklärte er doch die Wahl
für ungültig, weil Reine ein Sozialdemokrat sei.
Die Stadtverordnetenversammlung rief die Hilfe des Mi-
nisteriums an; das aber wies die Stadtverordnetenversamm-
lung ab und erklärte das Vorgehen des Magistrats für be-
rechtigt.

Briefkasten.
Schwartz. Wir können nur dann einen lokalen Ein-
weis bringen, wenn Ihr gleichzeitig inseriert.
Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargemein-
den“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böhmig
für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung
Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. C.
Sämtlich in Lübeck.

Statt jeder besonder. Meldung.
Freitag morgen 9 1/2 Uhr ent-
setzt sanft nach langer schwerer
Krankheit in seinem 11. Lebens-
jahre mein innigst geliebter hoff-
nungsvoller Sohn
LUDWIG.
Liebetrauert und schmerzlich
vermisst von seinem Vater und
allen, die ihm nahe standen.
Friedr. Lender.
Beerdigung am 5. März,
mittags 12 Uhr, von der Burgtor-
Kapelle aus. Trauerfeier
11 1/4 Uhr.

Für die vielen Glückwünsche und
Geschenke zu meinem 25jährigen
Jubiläum sage meinen Kollegen
und sonstigen Bekannten herzlichsten
Dank.
H. Ulrich.

Guttes leeres Zimmer in der
2. Etage umständehalber zu verm.
Steinrader Weg 32 b.
Näheres daselbst.

Tätiger Agent für Versicher.
in Stadt und auf dem Lande ge-
sucht.
Off. u. A J an die Exp. d. Bl.

Eine junge Frau
sucht Beschäftigung
Obertrave 55/4.

Zu verkaufen zusammenlegbare
Sporttorte und 1 großer eichener
Koffer, billig Kelferstraße 32 a.

**Vereinigte
Butterhändler**
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.60 Mk.

Dienstag und Donnerstag
treffe auf dem
Schwartauer Marktplatz
mit Seefischen ein.
Seelachs, Kabeljau, Schollen, Schell-
fische, Zungen.
Goldbutt, Dorso, Rotaugen.
ff. Blumenohl billigst.
Boy, Fischhandlung,
Febr. 1811. Königstraße 61.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte
im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen
Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um
die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrass 46.

Jeden Dienstag abend, sowie
Mittwoch morgen
ff. Eimerbier.
C. Westfeling, Wahnstr. 37.

Entlaufen ein schwarz-braun ge-
sprankeltes Suhn mit doppeltem
Kamm. Abzugeben
Lühowstraße 29.

Zu verkaufen ein Kinderwagen,
bl. Kastenwagen mit Nickel und
Gummi Georalkraße 28 a, II.

Zu verkaufen ein fast neuer
schwarzer Gehrock
Lühowstraße 11 a, I.

Unter alte emaillierte Töpfe wer-
den neue emaillierte Böden gesetzt.
Wengstraße 19.

Die Sozialdemokratie u. die Wahlen zum deutschen Reichstag

ist jetzt erschienen und kann in unserer Buchhandlung
abgeholt werden.
Preis 1 Mark.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.
Dilettanten-Klub „Freiheit“.

Großer theatralischer Abend

am Donnerstag, dem 7. März 1912
im Konzerthaus Flora.

1. Der Mann im gefährlichen Alter.
2. Nach vierzig Jahren.
3. Die Welt geht unter.

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pfg. Programm frei. Kinder 15 Pfg.
Karten sind zu haben im „Konzerthaus Flora“, F. Bartelmann, Hü-
straße 71, D. Lerau, Böttcherstraße 18.

Kaufe noch Kaninchen, weibl.
engl. Widder, bl. Wiener, usw.
Marktstraße 29 a.

Boranzzeige.
Am 2. Ostertage: **BALL**
der Seeretter Schweinegilde
in der Gastwirtschaft „Zur Börse“.
Hierzu ladet freundlichst ein
E. Wendt. Der Vorstand.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 5. März, 7 1/2 Uhr.
Boll-Ab. 144. Dienstag-Ab. 23.
Hoffmanns Erzählungen.
Oper von Jacques Offenbach.
Mittwoch, den 6. März, 8 Uhr.
Bei kleinen Preisen!
Zum letzten Male!
**Hans Sonnenstörbers
Höllenfahrt.**
Heiteres Trauerspiel von Apel.
Musik von Fr. Beermann.
Vorläufige Anzeige.
Zweimaliges Gastspiel des Kgl.
Bahr. Kammerängers
Heinrich Knöte
von der Kgl. Hofoper in München.
Sonabend, 9. März. Erhöhte Pr.
Siegfried.
Musikdrama von R. Wagner.
Siegfried. Heinrich Knöte a. G.
Montag, 11. März. Erhöhte Pr.
Die Meistersinger v. Nürnberg.
Oper von R. Wagner.
Stolzinger. Heinrich Knöte a. G.

**Kalnbergs
UNIVERSUM.**
Heute: Auftreten von
Heinr. Kalnberg
„Zu hoch hinaus“
u. 22 Programmnummern
Beg. präz. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
Entrée 20 Pfg.

Hansa-Theater
Dir.: Reinh. Gollbach.
Tel. 610. Tel. 610.
Täglich:
**Gastspiel
Gollbach-Ensemble
Die rote Mühle**
Le Moulin rouge.
Aus dem Apachenleben v. Paris.
Mit glänzenden Ausstattungen.
Vorverkauf bei Sager u. Nie-
meyer, Zigarren-Geschäfte.

Neue Subskriptions = Gröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein welt-
berühmtes Buch für nur 25 Pfennig

Carl Sagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch
unsern Lesern den Vorteil,
dieses wertvolle Werk mit
134 zum Teil farbigen
Bildern, das den Stolz
jeder Bibliothek, einen
Hauschatz für die ganze
Familie bildet, das für
Alt und Jung interessant
und lehrreich ist, ohne
Verzierung in
**Raten v. höchstens
25 Pf. zu beziehen.**
Hier liegt ein Buch vor,
wie kein zweites bisher ge-
schrieben wurde, und je-
mals geschrieben werden
kann, ein Buch, das jeder
schon anschauen sollte.



„Ein Volksbuch
im besten Sinne“
ist Carl Sagenbecks Werk
mit Recht genannt worden.
Es hat den ungeheuren Er-
folg, den es erzielte, auch
verdient. Ein Mensch er-
zählt darin seine Erlebnisse
u. Erfahrungen, der auf der
ganzen Erde heimisch ist,
dessen Interesse sich auf alle
Arten von Tieren und
Menschen richtet, der Welt-
reisender, Tierzüchter und
Schaufmann in einer Person
ist. Und er versteht, seine
Erlebnisse so interessant u.
spannend zu schildern, wie
der beste Roman es kaum
vermag.

80000 Exemplare bereits verkauft

Carl Sagenbeck, der bloße Name läßt hier den Wagen die seltsam anziehenden
Silber erzählen von fernem Erlebnis, deren Jagdgründe die
Füßer und Sagen des größten Tierforschers der Welt beschreiben, dem fast
jeden zoologischen Garten ihre Schätze verborgen. Allgemein bekannt sind die
erfolgreiche Erlebnisse Sagenbecks in Nordamerika, die Löwen, Tiger, Bären und
andere wilde Tiere in freier Natur zusammenzufassen läßt. Carl
Sagenbecks Erlebnisse sind
die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten
Jahren erschienen ist.
Carl Sagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr
als eine Reihe von interessanten und wahrheitsgemäß anschaulich ge-
schriebener Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang
eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltkämpfer be-
gann, der aus einem kleinen Tierzüchter ein weltberühmter
Schaufmann wurde, der die Tiere in freier Natur zusammenzufassen läßt.
Das Buch ist auch in einem
Bande zum Preise von **M. 6.**
zu beziehen von der Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Bestellungen
an die Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
unterzeichnet... bestellbar
Carl Sagenbeck, Von Tieren und Menschen
Bollmühle in St. Georgenstr. 26-31. — 25 Pf.
wird einer Exemplare für 75 Pf.
abgegeben. Komplet in 1 Band für 25 Pf.
(Nachbestellungen in 10 Tagen möglich.)
Name und Wohnort:
Genauere Adresse:

Stützen der Gesellschaft.

Eine recht unangenehme Überraschung ist dem kaiserlichen Gesandten in Kairo, Fürsten v. Sayfeld, durch seinen Kammerdirektor v. Both bereitet worden. v. Both, dem die gesamte unumschränkte Verwaltung der umfangreichen kaiserlichen Besitzungen im Kreise Altentkirchen unterstand, ist mit einem Fräulein Türffs nach Unterbringung großer Summen — man spricht von annähernd drei Millionen Mark — verduftet und diktiert, da er bereits am 14. Januar verschwand, seinen Raub in beschaulicher Ruhe und Sicherheit genossen.

Das Vorleben dieses Mannes zeigt so recht, wie weit es heutzutage ein notorischer Lump bringen kann, vorausgesetzt, daß das Wörtchen „von“ seinen Namen ziert. Both, der einer alten Adelsfamilie angehört, mußte vor Jahren wegen einiger unangenehmer Vorkommnisse den Offiziersrock ausziehen und ging nach Amerika. Mehrere Jahre später tauchte er als Kammerdirektor des Fürsten Sayfeld im Kreise Altentkirchen wieder auf. Inzwischen war aus dem davon-gezagten evangelischen Offizier ein würdiger päpstlicher Kammerherr geworden, der es auf seinem Wohnsitz, dem kaiserlichen Erottorf, verstand, seine doppelte Würde gebührend zur Geltung zu bringen. Den Arbeitern und Angestellten gegenüber ein gar gestrenger Herr, glückte es ihm andererseits, die „Crème der Gesellschaft“ zu den glänzenden Veranstaltungen auf dem Schlosse heranzuziehen. Die Jagden und sonstigen Vergnügungen, die er als unumschränkter Sachwalter des Fürsten arrangierte, erzielten sich großer Beliebtheit. Zwar sollen einige der Herren von dem Vorleben des Herrn Kammerdirektors Kenntnis gehabt haben, doch wurden sie durch einen Blick in die feurigen Augen des Fräulein Türffs, die als Hausdame der Festtafel präsiidierte, wieder verblüht. Noch am 13. Januar wurde auf Erottorf eine große Jagd abgehalten, bei der wieder die „erste Gesellschaft“ vertreten war. In bester Laune begaben sich die Festteilnehmer nach dem glänzenden Diner, das die Jagd abschloß, heimwärts. Herr v. Both aber trat am anderen Tage einen mehrwöchigen Erholungsurlaub an, auf dem ihm zur Pflege seiner Gesundheit die Hausdame begleitete. Seinen Verdacht gegen den würdigen päpstlichen Kammerherrn schöpft man erst nach einiger Zeit, als er unter der angegebenen Adresse in Monte Carlo nicht zu finden war. Jetzt stellte sich auch heraus, daß die Reise nach einem fein durchdachten Plane schon längst vorbereitet war. Die gesamten Barbestände der Verwaltung hat der Kavaliere zwei Tage vor dem Verschwinden abgehoben, das Entkommen durch Benutzung eines falschen Passes sich erleichtert. Die „Crème der Gesellschaft“ aber trauert, ist sie doch durch die plötzliche Abreise ihres Mitgliedes um manch schönes Jagdvergnügen oder exquisites Diner gebracht worden.

Die Russifizierung Finnlands.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns:

Das Gesetz, welches den russischen Staatsbürgern in Finnland die gleichen Rechte mit den finnischen Bürgern geben soll, ist jetzt von den russischen Gesetzgebungsinstanzen angenommen, und auch von dem Zaren bereits sanktioniert worden. Ein scheinbar harmloses und selbstverständliches Gesetz, aber doch dazu erfunden, Finnland immer mehr zu knebeln, zu entrechten und der Russifizierung auszuliefern. In völliger Widerspruch zu den finnischen Rechtsgrundlagen erlassen, ist es auch bestimmt, sie zu durchbrechen und zu untergraben. Der verfassungsmäßige Weg der finnischen Gesetzgebung ist hier beiseite gelassen, und außerhalb

der legalen Ordnung ist dem Volke ein Gesetz aufgezungen worden, dessen Konsequenzen unabsehbar sind.

Die Schurken behaupten, die Rechtslosigkeit der Russen in Finnland wäre schreiend und beschämend gewesen. Indessen flüchten zahllose Russen nach Finnland, um sich vor der Willkür der russischen Behörden zu retten. Aber auch abgesehen davon, stand einer Erweiterung der Rechte der russischen Staatsbürger in Finnland nichts im Wege. Auf dem legalen Wege wäre eine solche sehr leicht zu erreichen gewesen. Die Zarenregierung führte aber ganz anderes im Schilde. Sie wollte die nationale Selbstverwaltung Finnlands für die Russifikation zugänglich machen.

Die finnische Verfassung schreibt vor, daß der Zar Finnland nur durch Beamte verwalten darf, die die finnischen Bürgerrechte besitzen, der Landessprachen mächtig sind und den Landesgesetzen unterstehen. Beamte, die eine juristische Ausbildung besitzen müssen, sind verpflichtet, eine diesbezügliche Prüfung bei der Universität zu Helsingfors abzulegen. Das ist zur Sicherung der Rechtskunde des Landes durchaus notwendig. Da aber auf den russischen Universitäten nirgends finnländische Rechtskunde gelehrt wird, bleibt dieses Wissensgebiet den Russen ebenso unbekannt, wie die beiden finnischen Landessprachen — finnisch und schwedisch. Das neue Gesetz gibt aber nun den Russen in Finnland alle Rechte, die die Finnen besitzen, also auch das Recht auf Beamtenposten. Gleichzeitig wird betont, daß die Rechte der russischen Hochschulen auch für Finnland Geltung haben — es steht also nichts mehr im Wege, um alle Posten in Finnland mit russischen Beamten zu besetzen! Was das für Finnland bedeutet, geht schon daraus hervor, daß das finnische Justizwesen dem russischen vollkommen fremd ist, und die Finnen und Russen bezüglich der Sprache, der Sitten, Gewohnheiten zc. einander verständnislos gegenüberstehen. Nun soll das Land von Beamten verwaltet werden, die dem ganzen Leben vollkommen fremd sind.

Und wie soll das Gesetz durchgeführt werden? Dazu sind ganz eigenartige Bestimmungen erlassen worden. Während von dem Zaren beschworene Landesverfassung bestimmt, daß der finnische Bürger nur von finnischen Richtern in Finnland abgeurteilt werden darf, sollen nun alle, die sich gegen das Russifizierungsgesetz irgendwie vergehen, in Petersburg, vor russischen Richtern abgeurteilt werden! Es ist also ein Ausnahmegesetz geschaffen, das nun von dem ebrüchigen Zaren dem finnischen Volke aufoktroiert worden ist.

Alle Abänderungsanträge, die in der Duma und im Reichsrat von der Opposition gemacht wurden, sind glatt abgelehnt worden. Begründete Hinweise von Juristen, daß das Gesetz in das finnische Rechtssystem nicht hineinpaßt und die unangenehmsten Rechtskonflikte nach sich ziehen wird, wurden einfach ignoriert oder niedergebrellt. So wird man denn nun Finnland mit russischen Beamtenkreaturen überfüllen, die das Land mit allen Mitteln russifizieren werden. Und alle Finnen, die sich gekümmert auf ihr verfassungsmäßiges Recht, diesem Rechtsbruch widerlegen wollten, werden nach Petersburg geschleppt und den russischen Gerichten und Kerkern überantwortet werden. Das ist dann russische Gleichberechtigung!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 2. März 1912.

18. Sitzung, Vormittag 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Delbrück.

Stat des Reichsanwalts des Innern.

4. Tag der Generaldebatte.

Schmidt (S.D.): Die kapitalistische Gesellschaft hat mit der Entwicklung der Syndikate in den bedeutendsten In-

dustrien für unter Wirtschaftslieben die freie Konkurrenz völlig ausgeschaltet, von der es immer hieß, daß sie die einzige Möglichkeit biete, zu höheren Formen der kapitalistischen Entwicklung zu kommen. Die Syndikate bedrängen heute den Konsumenten und den Arbeiter, sie diktiert die Preise. Dabei sind die Profite außerordentlich gestiegen. Die Politik der Syndikate verleiht es, die Höhe dieser Profite zu verschleiern. Besonders vorgeschritten ist die Syndikalisierung im Bergbau. Die Bergarbeiter haben heute noch nicht die Löhne erreicht, die sie 1907 hatten. Das Syndikat der Kohleninteressenten aber bewilligt sich höhere Preise für die Kohlen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Den Arbeitern sagt man: für Euch ist der Tisch nicht gedeckt, aber für uns müssen wir die Profite erhöhen. Leider leistet die christliche Bergarbeiterbewegung den Interessen des Kapitals indirekt Vorlauf, indem sie die Kräfte der Arbeiter zerstückelt. Der Staatssekretär hat seine Sympathie für Tarifverträge ausgesprochen. Nun, auf dem Gebiet des Bergbaus wird er sehr bald Gelegenheit haben, dieses Wohlwollen durch die Tat auszudrücken. Möge er dabei dem Beispiel seiner englischen Kollegen folgen und nicht erst warten, bis er gerufen wird, sondern selbst die Initiative ergreifen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dann könnte er beweisen, daß er nicht bloß als Dekoration bei den Veranstaltungen der Großindustriellen dienen will, sondern daß er erheblichen Einfluß dort hat. Warten wir ab, ob die Bergbesitzer dieses Mal durch den Einfluß irgend eines Staatsmannes zu einer Verständigung mit den Arbeitern zu bringen sind; große Hoffnungen habe ich ja nicht. Während so die Syndikate auf dem Warenmarkt Bedarf und Produktion in Einklang zu bringen suchen, nimmt auf dem Arbeitsmarkte Unsicherheit und Planklosigkeit immer mehr zu. Die Salararbeit wächst. Tausende von Arbeitern wandern in entferntere Gegenden, um Arbeit zu suchen. Ein geordnetes Familienleben wird da unmöglich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und während die Arbeiter in dieser Zeit immer mehr in Abhängigkeit von gewaltigen Unternehmerorganisationen geraten, schreit man nach einer Beschränkung des Koalitionsrechts. (Hört, hört! b. d. Soz.) In einer Zeit, wo infolge der nationalen Wirtschaftspolitik Lebensmittel- und Wohnungspreise fortgesetzt steigen, will man die Arbeiter, wenn sie einen größeren Anteil am Produktionsertrag fordern, mit dem Anbel des Gesetzes mundtot machen, ruft man Polizei und Staatsanwalt zu Hilfe. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gerade heute muß der Arbeiter die Freiheit haben, sich mit seinen Arbeitsgenossen in Organisationen zu vereinen, um der Macht des Kapitals entgegenzutreten. Herr von Camp hielt sich über die Arbeitsverhältnisse in sozialdemokratischen Betrieben auf. Da möchte ich einmal die Verhältnisse in einem Betriebe näher beleuchten, dem Herr von Camp sehr nahe steht, den Bayerischen Farbenfabriken in Elberfeld. Dieser Betrieb fordert von allen Arbeitern beim Austritt die Verpflichtung, daß sie keiner gewerkschaftlichen Organisation, weder einer freien noch einer christlichen Genossenschaft angehören. (Hört, hört! bei den Soz.) und daß sie auch nicht Mitglied einer Hilfskasse sind. (Hört, hört!) bei den Soz.) Sie müssen sich vollständig der Diktatur dieses Unternehmens unterwerfen. Herr Camp sprach vom sozialpolitischen Wohlwollen einzelner Unternehmer. Sehen wir zu, wie in dem ihm sehr nahe liegenden Betriebe Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeiter vernichtet werden. Von 1905 bis 1909 kamen in den Farbwerken durchschnittlich pro Jahr auf 100 Arbeiter 76 Krankheitsfälle und 1179 Krankheitsstage. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei beträgt der Durchschnitt für Deutschland nur 40 Krankheitsfälle und 826 Krankheitsstage. Die Farbwerke werfen geradezu fabelhafte Gewinne ab, sie lehnten es aber ab, der Hygieneausstellung in Dresden mitzuteilen, welche Arten von Erkrankungen in ihren Betrieben vorkommen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich bitte den Staatssekretär, zu erwägen, daß unsere Krankentafelstatistik so ausgebaut wird, daß sie auch über Art und Umfang der Gewerkekrankheiten Aufschluß gibt. Man verlangt eine weitere Einschränkung des Koalitionsrechtes, aber man hat kein Wort übrig für die Opfer der kapitalistischen Produktion. Allein 1909 gab es 9000 Todesfälle, 128 000 teilweise erwerbsunfähig Gewordene und 114679 Invaliden. Daran geht unsere Öffentlichkeit jetzt schon abgestumpft und achtlos vorüber. Man will die Arbeiter wie totes Material behandeln; dagegen wird die Arbeiterschaft den einschleuderten Kampf aufnehmen. Der politischen Schwächung der Arbeiter wollen Sie auch die wirtschaftliche hinzufügen.

Familie Schöler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

Es war an einem taufelichen Morgen, als eine tief verschleierte Dame am Hause der Familie Schöler Einlaß begehrte und Frau Helene dringend zu sprechen wünschte.

Helene, die soeben ihre Morgentoilette beendet hatte, war tief überrascht und erschüttert bei dem Anblick der geliebten Gestalt, in der sie die Schwester ihres Vaters erkannte.

Mit fliegendem Atem bat diese, Helene möchte in das Haus ihres angetrauten Vaters zurückkehren, der sie in jedem Fall zu sprechen wünsche.

Einen furchtbaren Kampf kämpfte die arme Frau in ihrer Seele zwischen Abneigung und Pflicht. Da hörte sie die dumpfen Worte: „... noch einmal sprechen will...“ ehe es zu spät.

Eine entsetzliche Ahnung ergriff die Ärmste. Keinhalten gab es mehr für sie, und am Arm der Schwägerin eilte sie hin in ihr früheres sonniges Heim, wo sie ihr ganzes Lebensglück zu Grabe getragen hatte.

Sie trat an das Bett eines Sterbenden. Die weiße, ungezügelter Natur Kunos hatte auch bei dem von ihm so leidenschaftlich geliebten Reitsport sich entfesselt und war ihm schließlich zum Verderben geworden. Gerade nachdem seine Frau von ihm gegangen war, konnte die auschwelende Leidenschaftlichkeit dieses Kraftmenschen keine Schranken mehr, und er beachtete nicht einmal mehr die Warnungen und Vorstellungen seiner besorgten Schwester. Beim Überlegen eines tiefen Grabens war er auf seinem gemohnten Morgenritt gestürzt und mit schweren innern Verletzungen ward er in sein Haus zurückgebracht.

Kuno, der bei voller Besinnung blieb, gab sich über seinen Zustand keinem Zweifel hin. Und im Angesicht

des Todes schmolz auch dieses harte Herz, und weichere Empfindungen der Reue und Versöhnung zogen in sein Inneres ein.

„Verzeihung!“ lispelte er. „Verzeihung — Helene — für alles —“ Dann schlossen sich seine Augen.

Helene, die schon so hart Geprüfte, konnte nur mit einem letzten Kuß dem Vercheidenden die Ruhe des Gewissens geben, daß sie ihm verziehen hatte. Dann brach sie an dem Lager bewußtlos zusammen.

Die Zeit der rauschenden Feste in der Villa Schöler war vorüber, aber dafür entschädigte reich das zufriedene, innige und glückliche Familienleben. Zuweilen freilich stieg in Paul Schöler, wenn er am Kontorpult arbeitete und die schmetternde Musik der Regimentskapelle und der dröhnende, taktmäßige Schritt der Truppen in das Kontor hereinschallte, ein schmerzliches Bedauern auf, und die Erinnerungen an das frische, fröhliche Soldatenleben wurden in ihm lebendig, aber der Anblick seines Vaters, der sich zusehends erhobte und seine alte Rüstigkeit und seinen zufriedenen Sinn wiedergewann, und der täglich fortschreitende Aufschwung des Geschäfts trösteten und entschädigten ihn. Auch die Liebe Grete Brinkmanns, deren heiß empfindendes Herz sich seiner ehrlichen Reue und seinem neuen leidenschaftlichen Liebeswerben auf die Dauer nicht verschließen konnte, trug viel dazu bei, ihm über die Übergangszeit hinwegzuhelfen.

Unterhalb Jahre nach seinem Eintritt in die Fabrik wurde Paul Schöler als Mitinhaber in die Firma aufgenommen, und kurze Zeit darauf fand seine Hochzeit mit Grete Brinkmann statt. Als Emil Brinkmann — er begleitete Helene zur Trauung ihres Bruders in die Kirche — unterwegs während der Fahrt sie zu dem frohen Familienfeste beglückwünschte, reichete sie ihm schweigend ihre beiden Hände. Sie war zu bewegt, zuviel drang in diesem Augenblicke an fürstlichen, freudigen und wehmütigen Empfindungen auf sie ein, als daß sie fähig gewesen wäre, das, was in ihr wogte und rang, in Worte zu kleiden. Der

ruhige, sonst seiner so sichere, an Selbstbeherrschung gewohnte Mann erschauerte unter dem Blick, der ihm aus den Augen seiner Begleiterin entgegenstrahlte. Das war nicht Dankbarkeit allein, das war Liebe, innige, starke, hingebende Liebe.

Die Nachbarn des Proturisten an der Hochzeitstafel erkannten nicht wenig über die sprudelnde Munterkeit des sonst so schweigsamen, ersten Mannes. Er sprach auf seine Nachbarn mit einer Lebhaftigkeit ein, die noch niemand im gesellschaftlichen Verkehr an ihm wahrgenommen hatte. Und nun plötzlich ergriff er Helenes Rechte und drückte sie innig und lange, und dann erhob er sich — es war beim Nachtisch — und eilte hinter den Stuhl seines Prinzipals und flüsterte ihm ein paar Worte ins Ohr. Und das Gesicht des alten Herrn, das ohnedies von der Hochzeitsfreude verklärt war, strahlte noch heller, und elastisch wie ein Jüngling sprang er auf und umarmte zum allgemeinen Staunen den hinter seinem Stuhl stehenden Proturisten. Und darauf schlug Herr Schöler mit bebender Hand an sein Weinglas, und während Emil Brinkmann zu seinem Platz an der Seite Frau Helenes zurückkehrte, hielt der Hochzeitsvater folgende kurze, aber inhaltsschwere Rede:

„Meine verehrten Gäste und Freunde! Ich habe Ihnen die höchstfreudige Mitteilung zu machen, daß sich mein langjähriger Freund und Mitarbeiter, Herr Emil Brinkmann, soeben mit meiner Tochter verlobt hat.“

Braufender Jubel folgte dieser überraschenden Erklärung.

Helene aber sank dem geliebten Manne in die Arme und klammerte sich so fest an ihn, als wollte sie ihn im ganzen Leben nie wieder loslassen. So hatten sich die beiden in den Stürmen des Lebens so hart geprüften Herzen doch endlich zueinander gefunden. Und an Stelle des Dornenkranzes, unter dessen Druck sie bisher geblutet, wurden sie von dem Blütenkranz ewig frischer Rosen der Liebe umschlungen.

Durch solche Maßnahmen werden sie nur die Zahl derer vermehren, die mit unauslöschlichem Haß gegen ihre Unterdrücker erfüllt sind. Die Gewerkschaften sind gewappnet, auch gegenüber den stärksten Angriffen eines Volkzeitalters. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist erfreulich, daß der Staatssekretär die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung nicht ändern will. Freilich wäre ein vermehrter Schutz des Koalitionsrechts dringend nötig. Aber in anderen Zusammenhängen hat der Staatssekretär angedeutet, daß die persönliche Freiheit mehr geschützt werden soll. Dachte er dabei an die Volkzetausbreitungen in Moabit, an den Schutz gegen Landräte, wie im Falle Becker, oder will er die Unternehmer gegen Zwangsmittel der Unternehmer-Organisationen schützen? (Sehr gut! b. d. Soz.) In der Landwirtschaft haben sich Tendenzen gezeigt, die für die Arbeiter außerordentlich nachteilig sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Landwirtschaft beschäftigt in der Saison große Arbeitermassen und stößt sie dann auf die Landstraße. Eine halbe Million ausländischer Arbeiter werden durch die Feldarbeiterzentrale jährlich ein- und wieder ausgeführt. Das nennen Sie nationale Wirtschaftspolitik. Gegen das Wohlwollen der Konservativen in Bezug auf die innere Kolonisation sind wir sehr mißtrauisch. Das begründen auch die Ausführungen des Rittergutsbesizers von Kitzing-Dolz, der 1909 im Abgeordnetenhaus erzählte, mit welchen Mitteln er seine Landarbeiter an die Scholle fesselt. Es ist dies das Ausleben der Herrlichkeit des alten Feudalstaates. In einer Zeit, wo die Landwirtschaft die besten Preise bekommt, bekommen die Arbeiter nicht einmal anständige Löhne, anständige Behandlung und vor allem haben sie recht traurige Wohnungsverhältnisse. Auch Frauen und Kinder werden brutal ausgebeutet. Die Entwicklung der Kinder leidet darunter, und der Schulunterricht wird der Ernte wegen aufgehoben. 1904 ist eine Enquete über die Arbeit der Kinder in Landwirtschaft und Haushalt aufgenommen worden, aber nur Bayern hat die Ergebnisse veröffentlicht. (Hört, hört bei den Soz.) Erlauben die Herren auf der Rechten dem Staatssekretär nicht, das Material auch zu veröffentlichen? Solche wichtige Enqueten dürfen nicht in den Akten des Reichsamt des Innern untergehen. Nun zum Grafen Posadowsky. Er behauptete, wir forderten die Aufhebung des Privateigentums. Ich glaube, er verwechselt den Begriff des allgemeinen Eigentums mit dem des Eigentums an den Produktionsmitteln. Die kapitalistische Entwicklung bringt schon recht erheblich die Ablösung des Privateigentums an den Produktionsmitteln mit sich. Die Staats- und Kommunalpolitik hält nicht mehr das Eigentum des einzelnen an den Produktionsmitteln aufrecht. Auch die Aktiengesellschaft ist nicht mehr das Eigentum eines einzelnen an Produktionsmitteln, sondern großer kapitalistischer Interessent. Sie, Herr Graf, verfallen in den Fehler vieler unserer Kritiker, daß sie glauben, wir machen unter die kapitalistische Gesellschaft einen Strich und sagen: nun geht die neue sozialistische Gesellschaft an! Das ist ein großer Irrtum. Wir sagen: in der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln sich die produktiven Kräfte für die neue Form einer sozialistischen Gesellschaft. (Sehr richtig bei den Soz.) Wenn Sie schließlich darauf hinweisen, daß manche unserer früheren Auffassungen jetzt von uns aufgegeben seien, so ist das auch nur ein Beweis, daß die Sozialdemokratie nicht verknöchert oder starrsteht, sondern sich da, wo sie frühere Unrichtigkeit anerkennt, den neuen Tatsachen anpaßt. Die Zahl der Selbständigen ist von 1895 bis 1907 von rund 28 Prozent auf 22 Prozent der Bevölkerung zurückgegangen. Man kann von einer Proletarisierung der Bevölkerung reden, ohne dabei zu einer Verelendungstheorie in landläufigem Sinne zu kommen. Es wäre sehr traurig um unsere Arbeiterbewegung, wenn wir die Bilanz ziehen müßten, daß unsere ganze Bewegung keine Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft gebracht hat. Große Schichten der Arbeiter, die keine gewerkschaftliche Organisation haben, sind von dieser Aufwärtsentwicklung unberührt geblieben. Daraus ergibt sich der Schluss: ohne gewerkschaftliche Organisation, ohne Kampf der Arbeiterklasse kein Fortschritt. Deshalb kommen Sie an die verwundbarste Stelle der Gesamtarbeiterklasse, wenn Sie ihr das Koalitionsrecht antauchen wollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Graf Posadowsky nannte es eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn genau auf 100 000 Einwohnern ein Abgeordneter gewählt wird. Die Abgeordneten, die ihn gewählt haben, werden über diese Aufstellung recht erstaunt sein. Er glaubt die Unterschiede der Wahlkreiseinteilung durch die Unterschiede zwischen Stadt und Land begründen zu können. Dieser Unterschied ist aber durchaus künstlich. Die großen erwerbstätigen Schichten der Bevölkerung haben in Stadt und Land die gleichen Interessen, deshalb ist der Anspruch auf gleichmäßige Wahlkreiseinteilung durchaus berechtigt. Graf Posadowsky wendet sich bald von links nach rechts und bald von rechts gegen links und meint, dazu gehöre Mut. Mut wäre es, wenn Sie hier ein soziales Programm entwickeln und uns sagen, was die soziale Gesetzgebung in den nächsten Jahren zu erreichen suchen muß. Bürgerliche Sozialpolitiker hoffen, daß Sie hier ein Wecker und Mahner der sozialen Mächten sein würden, wir haben davon nichts gespürt. Sie haben auf mich den Eindruck eines Spaziergängers, eines volllustigen Eingängers gemacht, der, wenn er so fortfährt, bald an Interesse verliert. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun zu den Mittelstandsforderungen. Es ist eine alte Fabel, daß wir dem Mittelstand feindselig gegenüberstehen. Das gilt vielmehr für die Rechte, die mit ihrer Wirtschaftspolitik auch dem Mittelstand die schwersten Wunden schlägt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Warum gehen Sie (nach rechts) dem Grund- und Bodenwucher nicht energisch zu Leibe? Man muß sich wundern, daß der kleine Handwerker und Kaufmann in den Großstädten die kolossalen Mieten überhaupt noch aufbringen kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf dem Gebiet der Wohnungsfrage liegen sich wichtige Formen durchzuführen. Durch Eigenbau der Gemeinden könnte die Boden speculation und der Wohnungswucher beseitigt werden. Aber dazu sind Sie nicht bereit. Sie wollen ja Profit ziehen aus privatkapitalistischen Unternehmungen. Und die Gemeinden, deren Vertreter ja zur Hälfte aus Hausbesitzern bestehen, werden von sich aus nicht zu Reformen auf dem Gebiet des Wohnungswesens kommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun kommen Sie mit zwei neuen Mitteln. Einmal verlangen Sie, daß die Innungen zwangsweise Preise festsetzen sollen. Wie können sie das gegenüber der Konkurrenz der Großbetriebe? Zur Preispolitik gehören im Wirtschaftsleben wichtige Organisationen. So etwas kann das Kohlen Syndikat, aber nicht der Handwerker. Weiter wollen Sie die Großindustriellen zu den Leitern der Innung heranziehen. Aber die Aufwendungen der Innungen haben wir aber keine Mittel, um im nächsten Jahr. Diese Idee sollte das Reichsamt des Innern befestigen. Die gesetzgebende Körperschaft hat ein Recht zu fordern, daß die Verschleierung der Geschäftsführung bei den Innungen aufhört. Aus einer Enquete aus dem Jahre 1904 habe ich erfahren, daß die Gesamtanzahl der Innungen 3 660 000 Mark betragen; was für die Lehrlingsausbildung ausgeben, ist jedenfalls auf dem Konto der Fachschulen zu finden, und da sind ganze 145 000 Mark ausgegeben. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird dem Staat nicht amter machen, wenn er diese Last noch übernahm. Das gewährt eine bessere Lösung der Lehrlingsausbildung, als wenn die Innungen noch weiter scheinbar diese Aufgabe erfüllen. Bei den Innungen ist die Fortbildung der Lehrlinge recht

schlecht aufgehoben. Die Gemeinden haben auf diesem Gebiete das meiste geleistet. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie wirklich für das Handwerk etwas tun wollten, dann hätten Sie bei der Reichsversicherungsordnung nicht den sozialdemokratischen Antrag niedergelassen, der bei der Invalidenversicherung die Pflichtversicherung der Handwerker haben wollte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich glaube also an Ihre Handwerkerfürsorge nicht und nicht an die Wirkung Ihrer Mittel. (Zustimm. b. d. Soz.) Sie haben nun die Hoffnung auf den neuen Rettungsanker, die Angestellten in Industrie und Handel. Die Angestelltenbewegung ist aber zu meiner eigenen Überraschung, mehr als ich je geschäft habe, den Weg zur Sozialdemokratie gegangen. Wir haben herzlich wenig dazu getan, aber die ganze Entwicklung dieser Bewegung führt beständig zu Konflikten mit den Unternehmern und die Angestellten erkennen daraus von selbst, daß sie die gleichen Interessen haben wie die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diefelbe Entwicklung des Einbigens in die Sozialdemokratie sehen wir bei der Beamtenschaft. Wenn Sie bei den letzten Wahlen den schlecht bezahlten Beamten sagten, die Wahl eines Sozialdemokraten sei nicht mit dem Etbe vereinbart, so hat diese Einschüchterung nicht Erfolg gehabt. Die Beamten haben ihre dienstlichen Obliegenheiten zu erfüllen, aber nicht ihre politische Überzeugung zu opfern. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Herr v. Camp hat ja gemeint, die Beamten hätten die Pflicht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, also für Privatauffassungen der konservativen Partei tätig zu sein. Zu dieser politischen Hausrechtsrolle dürfen Sie aber die Beamten nicht heranziehen. Sie müssen schon den politischen Murr, den Ihre Partei aufgehäuft hat, allein lehren und nicht die behaglichen Kräfte des Staates dafür heranziehen. (Sehr richtig! links.) Nach den Ausführungen des Vertreters des Reichsamt des Innern muß ich annehmen, daß in Bezug auf die sozialpolitischen Aufgaben nichts oder fast nichts geschehen wird. Für das große Gebiet des Heimarbeiterschutzes hätte uns der Staatssekretär wenigstens in großen Zügen angeben sollen, was dem Reichsamt des Innern als Aufgabe vorsteht. Es ist ein ganz verfehlter Weg, wenn der Staatssekretär sagt, wir haben allgemeine Anordnungen getroffen, tut Ihr also, Behörden, das übrige. Wir müssen den Staatssekretär dringend bitten, andere Wege einzuschlagen. Wir haben auch kein Wort gehört, daß der Staatssekretär die Anregungen befolgt hat, die für die Wäschereien und Blätterereien, für die Binnen schiffahrt, für die Verhältnisse der Handlungsgehilfen in Kontoren usw. im Beirat für Arbeitsstatistik gegeben worden sind. Warum kann der Beirat für Arbeitsstatistik für die chemische Industrie keine Erhebungen anstellen, warum kann er nicht die Landarbeiterfrage behandeln oder die Ausländerfrage? Ich fordere deshalb dringend, daß die Tätigkeit des Beirats nicht aufhört, sondern im Gegenteil reger fortgesetzt wird. Sehr vermisst habe ich auch eine Ausführung über das Theaterwesen. Wir möchten wissen, wie weit es mit dem in der Presse angekündigten Vorbereitungen gekommen ist. Von der großen Genossenschaft der Bühnengedungen scheint das Reichsamt des Innern noch nichts gehört zu haben, aber es hat einen Horror davon, sich mit ihm zu befassen. Der Polizeipräsident von Berlin ist beauftragt worden, die Sachverständigenkommission zu ernennen. (Hört, hört! links.) Eine Regelung der Bühnentragsverhältnisse ist dringend notwendig. Der Staatssekretär hat gesagt, er könne doch noch eine Novelle der Reichsversicherungsordnung einbringen, da das Gesetz noch gar nicht in Kraft sei. Herr Staatssekretär, es ist nicht ausgeschlossen, daß Sie gezwungen werden, vor dem Inkrafttreten doch noch zu einer Novelle zu kommen, allerdings nicht auf einem Gebiete, das wir angeregt haben. Der Ärzteverband in Leipzig hat beschlossen, bei einem zukünftigen Konflikt nicht mehr nur im eigentlichen Konfliktgebiet die Ausübung der ärztlichen Praxis zu verhindern, sondern den Kreis weiter zu ziehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es kommt die Zeit, wo die Sozialdemokratie mit allen Widerständen, die sich ihr entgegensetzen, aufräumen und schließlich die Position einnehmen wird, die ihr als der Vertreterin der großen erwerbstätigen Schichten des Volkes zukommt. Die wirtschaftlich schwachen Schichten haben den Anspruch, von der Gesetzgebung gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt zu werden. Hier handelt es sich um die Interessen der weitesten Kreise der Bevölkerung, die sich nicht mehr gängeln läßt durch Versprechungen, sondern eine entschiedene Fortsetzung der Sozialpolitik verlangt. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.) Graf von Cramer-Dieserwig (R.) tritt zunächst für eine Einschränkung der Wanderlager und des Wandergerbes ein. Den angekündigten Gesetzentwurf zur Versicherung der Feuerwehrleute und Krankenpfleger begrüßen wir mit Freuden. Mit der Ausrüstung des Grafen v. Posadowsky gegen das Wagnern durch Latifundienbesitzer sind wir durchaus einverstanden. Beklagen möchte ich aber, daß das Großkapital sich immer mehr des Güterhandels bemächtigt, was früher gar nicht üblich war. Was unsere Resolution auf größeren Schutz der Arbeitswilligen anbelangt, so sind wir etwa nicht für eine Einschränkung des Koalitionsrechtes, sondern wir wenden uns nur gegen die Auswüchse, die sich bei Streiks und Aussperrungen gezeigt haben, und gegen die eine Abhilfe dringend notwendig ist. (Sehr richtig! rechts.) Für die Arbeiter und ihre Hinterbliebenen ist durch die Reichsversicherungsordnung in weitgehendem Maße gesorgt, die Löhne sind in den letzten 30 Jahren um 50 und 100 Prozent gestiegen. Die Arbeiter sind deshalb auch vielfach mit ihrer Lage zufrieden, aber die Sozialdemokratie hat sich die Gewerkschaften dienstbar gemacht, und sie kann zufriedene Arbeiter nicht gebrauchen. Damit hängt die Zunahme der Streiks zusammen, bei denen es sich fast immer um Machtproben handelt. Nicht die Unternehmer sind Herren im Betriebe, sondern die Gewerkschaften. Die Arbeiter, die gern arbeiten wollen, werden durch den Terrorismus der Sozialdemokraten gezwungen, mit zu streiken. Gegen diese Einschränkung der persönlichen Freiheit muß Schutz geschaffen werden. (Lebh. Zustimmung rechts.) Das bestehende Recht reicht nicht aus, denn man kann doch nicht annehmen, daß unsere Gerichte die bestehenden Gesetze nicht scharf genug anwenden. Diese Gesetze sind also nicht ausreichend. (Sehr richtig! rechts.) Das hat auch der sächsische Minister Bismarck von Gumburg im sächsischen Landtag anerkannt, und auch die Stadt Gumburg hat sich für das von Sachsen zu erwartende Vorgehen ausgesprochen. Wir verlangen kein Ausnahmengesetz (Lachen b. d. Soz.), aber einen wirkameren Schutz der Arbeitswilligen. (Bravo! rechts.) Thoma (M.): Unter den großen Fragen der inneren Politik geht voran die Wohnungsfrage. Sie ist neben der Frage des Arbeiterschutzes geradezu die soziale Frage. Eine wesentliche Form zur Abhilfe bietet das Erbbaurecht. Das Cruz (das Kreuz) der Wohnungsfrage ist der hohe Preis des Grund und Bodens, deshalb kann hier das Erbbaurecht helfen. Bisher sind auf Land in Erbbaupacht keine ersten Hypotheken zu bekommen, weil sie nicht mündlich her sind. Werden sie für mündlicher erklärt, so werden sofort Hunderte von Millionen für den Wohnungsbau flüssig werden. Die gegenwärtige Koalitionsfreiheit ist für meine Freunde ein Mädeln rühr mich nicht an. Auch in Bayern ist das Koalitionsrecht als ein natürliches Menschenrecht bezeichnet worden, nur den Staatsarbeitern will man es nehmen und

das hat eine Änderung der Orientierung der ganzen bayrischen Politik geschaffen, die erfreulicherweise mit dem Fortschritt des parlamentarischen Systems verbunden war. Für uns hat das eine Klarheit der politischen Situation geschaffen, die uns am vorigen Mittwoch bei der Präsidentschaftswahl gestattet hat, sauber und klar zu arbeiten. (Große Beifall.) Beim Schutz der Arbeitswilligen wollen wir nicht die Pfade der sächsischen Regierung wandeln, sondern wir halten das bestehende Gesetz für ausreichend. Nützlich wäre es aber, durch ein Gesetz den politischen Inhalt des Koalitionsrechtes auszusprechen. Unser Wirtschaftsleben beruht heute geradezu auf Koalitionen und Organisationen und daher sollten sie auch zivilrechtlich haftbar gemacht werden und die Rechtsfähigkeit erlangen können ohne die Möglichkeit eines Einspruchs der politischen Polizei. Ferner wünschen wir ein Reichseinkommensamt, das nicht wartet, bis es angerufen wird, sondern aus eigener Initiative vorgeht. Auch eine Zentrale zur Beratung bei Tarifverträgen wünschen wir. Aufgeben liegen also in Hülle und Fülle vor auf dem Gebiete der rechtlichen Stellung der Organisationen und auf dem Gebiete der Koalitions der Arbeiterversicherung. (Beifall links.) Bartschat (Op.): Den Ausführungen des Abg. Baur über die Notwendigkeit, dem Handwerk zu helfen, schließe ich mich an, ich wünsche nur, daß Herr Baur auch für die Handwerker eintreten möchte, die anders als konservativ wählen. (Sehr gut! links.) Aber jeder Handwerker, der es mag, etwa liberal zu wählen, wird sofort von den Konservativen und ihrem Anhang boykottiert. (Sehr wahr! links.) Durch die politische Knebelung, die sie unterliegen, werden viele Handwerker tatsächlich in die Reihen der Sozialdemokratie getrieben. Mehr als durch die Konsumvereine werden die Handwerker durch die Zentralkasse des Bundes der Landwirte geschädigt, die sogar die Reparatur von Maschinen übernimmt. (Hört, hört! links.) Gegenüber Herrn Wurm bestreite ich durchaus, daß der Hansabund sozialpolitisch rückständig ist. Er will nur keine Überstärkung der Sozialpolitik. Wir fordern die Einschränkung der Gefängnisarbeit, die gezielte Regelung des Submissionswesens, die Heranziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung und die Befreiung der Bevormundung der Handwerkskammern die jetzt durch die Reglerungskommissionen ausgeübt wird. Durch die Aufhebung des § 100 q der Gewerbeordnung würden keine goldenen Zeiten für das Handwerk herbeigeführt, der Paragraf könnte aber wenigstens so geändert werden, daß gewisse Mindestpreise festgelegt werden können, ähnlich wie in den Tarifverträgen der Arbeiter. Die Regierung sollte endlich aus den Erwägungen herauskommen und zu Taten für das Handwerk übergehen. (Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.) Sosinski (P.): Die Sozialpolitik muß fortgeführt werden. Die Altersrente sollte schon im sechzigsten Lebensjahre ausbezahlt werden und die Krankenkassen sollten die freie Arztwahl haben. Die Pensionskassen der großen Industrieerwerbe werden oft zur Knebelung der Arbeiter benutzt, hier sollte die Regierung eingreifen. Auch die achtstündige Arbeitszeit für die Bergleute sollte gesetzlich eingeführt werden. Dem von der rechten Seite beantragten Arbeitsschutzgesetz werden wir nicht zustimmen, weil wir wissen, daß es weiter nichts ist als ein Schutzhausgesetz. (Sehr richtig! links.) Der Redner führt weiter unter Vertiefung zahlreicher amtlicher Schriftstücke Beschwerde darüber, daß in Oberschlesien die Zeichen und Plattenwerte bei ihrem terroristischen Vorgehen gegen die Koalitionsfreiheit der Bergarbeiter die weitgehendste unzulässige Unterdrückung der Polizeibeamten und Amtsvorsteher erhalten. Wäge der Staatssekretär dafür sorgen, daß das Vereinsgesetz freierlicher gehandhabt wird. (Bravo! b. d. Polen.) Die Weiterberatung wird auf Montag, 2 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Das großstädtische Kinderelend.

Dreihundertdreißigtausend Volkskinder sind in Groß-Berlin ohne anderen Spielplatz als die Straße und die Höfe! Ohne Licht und Luft, im Mangel an Farbenfreude und gesunder Bewegung wächst das junge Proletariat heran. Die Gegenwart kennt nur Wertzuwachs für die eigene Tasche und spekulative Wertserzeugenden Grundbesitz — alles andere ist den in angelegenen Wohnungen lebenden Großstadtbewohnern gleichgültig und die Stadtparlamente, hier weniger und dort mehr, sie alle fühlen vielleicht die auf sie fallende Verantwortung, aber sie fühlen auch die Bequemlichkeit durch Schweigen über derlei unangenehme Dinge hinweg zu kommen.

Das reine Nützlichkeitsprinzip hat die modernen Städte entstehen lassen, kam ihm dabei die Naturschönheit großer Parks — die Lungen der Hunderttausende! — nicht in den Weg, gut dann ließ man sie stehen, aber sonst galt jeder Pfennig, am Quadratmeter Grund und Boden gewonnen, mehr, als die darauf stehenden Räume. Und die Untertun, ja das Kulturverbrechen, Hunderttausende von schwer und feriallos arbeitenden Proletariern in gesundheitsgefährliche Massenquartiere ziehen zu lassen — wer kümmerte sich darum? In Groß-Berlin wohnen 600 000 Menschen in gesundheitsgefährlich überfüllten Wohnungen! Der größere Teil dieser Griffenzräume der 600 000 verdient den Namen „Wohnung“ garnicht.

Städtebaukultur, Verpflichtung der einzelnen, im Interesse der Allgemeinheit zu denken und zu handeln, mindestens soweit als die Gesundheit der Stadtbewohner in Frage kommt, klingt das nicht wie Sozialismus? Ja! Es gilt den Kampf aufzunehmen, gegen das private Spekulationskapital der Terraingesellschaften, gegen die Unvernunft der mietehungrigen Hauswirte und nicht zuletzt gegen die bornierte Rückständigkeit vieler, allzu vieler Stadtverwaltungen, Gemeindevereinigungen!

Die Reichshauptstadt Berlin ist in allen Stadtkulturfragen mit am weitesten zurück. Die offiziellen Behörden scheuen die Feststellung, ja sie geben sich sogar Mühe, solche Tatsachen zu verwickeln. Als kürzlich die freie Organisation — aus Männern verschiedenster Parteirichtungen gebildet, auch die Sozialdemokratie ist dabei vertreten — zur Vereinbarung des Groß-Berliner Zweckerbbaubandes erschlitternde Zahlen feststellte, ließ sich das gut bemerken. Ein Bürgermeister, der loeben erst noch als Mitglied einer Organisation, die sich die Pflege der Leibesübungen unter der Jugend zur Aufgabe gemacht hat, feststellte, daß in seiner eigenen Stadt, in Berlin, für 95 Proz. der Kinder Spielplätze fehlten, dieselbe Bürgermeister stellt plötzlich „amtlich“ fest, daß so gut wie gar kein Mangel an Berliner Kinderspielplätzen vorhanden sei! Dr. Reiche heißt der Mann!

Gesunde Wohnungen, Spielplätze und Erholungsräume für den von der Arbeit kommenden Großstädter, und vor allem für die heranwachsende Proletariatsjugend — das ist das Programm des eben erwähnten Ausschusses. Es bleibt nur zu wünschen, daß in allen Städten Deutschlands solche Arbeit, derlei Propaganda, planmäßig betrieben wird, daß sich überall alle vernünftige und gesunde Menschen zusammenfinden, um gegen die finstere Untertun, das Volksgift der zu engen, nicht

losen Wohnungen, des Mangels an Zimmern für die Jugend und Erholungsraum für die Erwachsenen, anzukämpfen.

Die Sozialdemokratie hat in diesem Kampfe bisher als einzig zuverlässige Helferin und Förderin gegolten, sicher und unbeirrt wird sie auch weiter auf diesem Wege kommunaler Sozialpolitik vorwärts schreiten, trotz des jämmerlichen Gemeinwohlrechtes und trotz aller Feinde des vorwärtsstrebenden Proletariats. Es gilt ja der zukünftigen Generation! Und die Zukunft gehört denen, die sie sich schaffen!

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitseinstellung der Dantischer in Königsberg ist durch Verhandlungen der Organisationen unter dem Vorstoß eines Unparteiischen und mit Unterstützung der beiderseitigen Zentralvorstände beendet. Trotz größter Bemühung war zunächst eine Einigung zwischen den Ortsparteien nicht möglich, da beide aus dem bestehenden Vertrage das Recht für sich in Anspruch zu nehmen glaubten, strikte auf ihrem Standpunkte zu beharren. In dieser Situation mußte, da beide Teile für die Wiederherstellung des Friedens waren, die Entscheidung einem Unparteiischen übertragen werden. Als solcher wurde ein Magistratsassessor bestimmt. Der von diesem gefällte Spruch besagt, daß die von den Arbeitern erhobene Forderung in vollem Umfange berechtigt und von den Unternehmern auf Grund des geltenden Vertrages zu erfüllen ist.

Die Taktik des Metallindustriellen-Verbandes in Hagen-Schwelm. Die Unternehmer im Kreise Hagen-Schwelm versuchen mit allen Mitteln die Arbeiterbewegung aufzuhalten. Die Aussperrung im Jahre 1910 war eine Niederlage für den Unternehmer-Verband und der Ausfall der Wahl scheint es dem Sekretär dieses Verbandes, Herrn Jacobs, ganz und gar angetan zu haben. In der Westdeutschen Korrespondenz, einem ausgesprochenen Scharfmacherorgan, war nämlich zu lesen: „Im Hagener Bezirk stehen die sozialdemokratischen Gewerkschaften wieder im Begriff, mutwillig Streikbewegungen vom Zaune zu brechen, um auf diese Weise die nach den Reichstagswahlkämpfen ablaufende Erregung der Massen von neuem aufzupfeuern und den Gewerkschaften zwingungsweise neue Mitglieder zu verschaffen. Einen weiteren Schlüssel zu dem gemeingefährlichen Treiben der roten Gewerkschaften im Hagener Bezirk gibt jetzt die Tatsache, daß die Verwaltungsstelle Hagen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes im abgelaufenen Geschäftsjahr den Verlust von rund 200 Mitgliedern zu beklagen hat. Das ist um so blamabler, als bei der genannten Verwaltungsstelle vor kurzem erst 4 neue Beamte eingestellt worden sind, sodaß dort jetzt nicht weniger als 6 Verbandsfunktionäre sitzen. Ein weiterer Rückschlag der Mitgliederzahl des genannten Verbandes würde natürlich für das halbe Duzend Gewerkschaftsfunktionäre höchst fatal sein, und deshalb trägt man sich mit dem tiratörischen Gedanken, die Mitglieder in neue Streiks zu hegen, damit man sie um so fetter an der Kadavere hat.“ — Diese Scharfmachernotiz, die auch in andere, jenen Leuten verwandte Zeitungen Aufnahme gefunden hat, ist von A bis Z unwahr. Alle größeren Bewegungen sind bis jetzt durch das provokatorische Verhalten der Unternehmer und des Unternehmerverbandes, des Sekretärs Jacobs entstanden. Herr Jacobs lehnt es ab, mit Gewerkschaftsangehörigen zu verhandeln. Von einem Unternehmer ließ er sich sogar das Hausrecht übertragen, damit er einen Arbeiter, der Kommissionsmitglied war, aus dem Kontor des Unternehmers Dieckhoff hinausjagen konnte. Die Arbeiter sind durch die Behandlung der Unternehmer und des dortigen Arbeitsnachweises mit Recht ungehalten. So hat diese Notiz keinen anderen Zweck, als den, sich schon im Voraus zu entschuldigen für Dinge, die sich abspielen können! Die Firma Bovermann (Inh. Assessor Puth, Vorsitzender des Unternehmerverbandes) hält die im vorigen Jahre gegebenen schriftlichen Bedingungen nicht ein. Die Firma Wittmann Nachf. macht es ebenso, dort bestehen Differenzen in Permanenz, ebenso in anderen Betrieben. — Die Scharfmacher merken, daß etwas in der Luft liegt, veranlassen durch ihr rigoroses Verhalten; deshalb dieser Alarmartikel. Unwahr ist, daß die Hagener Verwaltung des Metallarbeiterverbandes sechs Sekretäre hat; sie hat nur drei Sekretäre und diese bekommen zusammen nicht soviel Gehalt, wie der Sekretär der Unternehmer (die übrigen Beamten nicht eingerechnet) erhält, der doch auch von Arbeitergrößen bezahlt wird, denn die Arbeiter verdienen und liefern den Unternehmern doch erst die Mittel, mit denen die Arbeiter bekämpft und niedergehalten werden. Der geringe Mitgliederrückgang in der Hagener Zahlstelle erklärt sich aus der altbekannten Tatsache, daß nach großen Lohnbewegungen gewöhnlich vorübergehende Abnahme der Mitgliederzahl zu beobachten ist, zumal wenn diese sehr rapid gewachsen ist. Nicht die Angestellten der Arbeiterorganisationen, sondern die rückständigen Unternehmer treiben die Arbeiter in den Kampf und nicht zuletzt in die Organisationen. Damit mag das Verhalten der Scharfmacher im Kreise Hagen-Schwelm gekennzeichnet sein.

Ein vernünftiges Urteil über Arbeiterforderungen. Die Bergknappen wagen es, etliche Pfennige mehr Lohn zu fordern, gleich tobt die gesamte reaktionäre Presse. Ihr sei etliches entgegengehalten, was gestern in einer der größten und angesehensten Tageszeitungen Deutschlands über die Berechtigung der Arbeiterforderungen stand. Es heißt da: „Der Grenzwerttheorie zufolge wird bei einem gegebenen Gütervorrat (hier dem Wochenlohn) und bei gegebenen Bedürfnissen (hier dem durchschnittlich notwendigen Lebensaufwand) der Wert der Gütereinheit (hier dem Wochenlohn) durch den Nutzen bestimmt, den die letzte verfügbare Zeilmenge der Güter (des Wochenlohnes) gewährt. Mit den 90 Pfennig wöchentlich mehr könnten die Leute gerade noch leben, ohne sie vermögen sie es nicht mehr. Wenn aber 90 Pfennig wöchentlich es bewirken können, einen ganzen Haushaltungsplan über den Haufen zu werfen, dann muß dieser Plan auf sehr schwachen Fundamenten stehen. Wie schwach diese Fundamente sind, erhellt aus der Erkenntnis, daß der Wochenlohn der erwachsenen . . . 24 bis 32 Mark ist, ein Satz, der bei den teuren Lebenskosten einfach als unwürdig gelten muß. Werden davon 90 Pfennig abgezogen, so gerät das ganze Familienbudget ins Schwanken und die fast notwendige Folge ist die Lat der Verzweiflung: der Ausstanz.“ — Diese vernünftigen Worte über den Grenzwert des Arbeiterlohnes, und die treffende Feststellung, daß heute 24-32 Mk. Wochenlohn noch nicht einmal 90 Pfennig Abzug vertragen, finden sich in der „Kölnischen Zeitung“. Sie spricht da allerdings nicht über die deutschen Bergarbeiter, sondern über die Weber in Lawrence, Vereinte Staaten von Amerika. In Deutschland leben natürlich die Arbeiter bei vollen Fleischpreisen, weit weit über dem internationalen Grenzwert — so ist wenigstens sonst die Meinung der „Kölnischen Zeitung“. Auf jeden Fall bleibt das interessante Geständnis der „Kölnischen Zeitung“ über das Existenzminimum der Arbeiter für zukünftige Fälle recht wertvoll, wir werden es gegebenenfalls dem rheinisch-westfälischen Industriellenorgan wieder einmal vor die Nase stellen, wenn es allzusehr über die Herrlichkeit des deutschen Arbeiterlebens fafelt.

Ist die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei?

War zu gern argumentieren die Gegner der Arbeiterbewegung damit, daß auch die neue sozialdemokratische Reichstagsfraktion gar nicht die auserwählte Vertreterin einer Arbeiterpartei sei, die Reichstagsabgeordneten seien ja in der Mehrheit „angestellte Gelehrte“. Jeder vernünftige Mensch wird einer solchen Methode, die sozialdemokratische deutsche Arbeiterpartei bei den Arbeitern selbst in Mißkredit zu bringen, mit gebührender Verachtung aus dem Wege gehen. Aber folgen wir doch einmal ausnahmsweise den Wegen unserer Gegner und stellen wir fest: welchen Beruf haben die jetzt im Reichstag sitzenden Sozialdemokraten erlernt, was für Schulbildung stand ihnen auf ihrem Berufswege zur Verfügung?

Von unseren 110 Sozialdemokraten im Reichstag besuchten 67 die Volksschule, 12 die Bürgerschule, 5 die Realschule und 26 das Gymnasium. Studiert haben 24. Unter diesen ist einer — Dr. Quisell — der erst die Volksschule besucht hat und das Uhrmacherhandwerk erlernte; später studierte er in der Schweiz Staatswissenschaften.

In der nachfolgenden Zusammenstellung sind die 110 Reichstagsabgeordneten ihrem erlernten Berufe gemäß aufgeführt, die einzelnen Berufe sind so durch die rote Reichstagsfraktion folgendermaßen vertreten:

- | | |
|----------------------|--------------------|
| 17 Metallarbeiter, | 1 Lithograph, |
| 9 Holzarbeiter, | 1 Offizier, |
| 8 Rechtsanwälte, | 1 Referendar, |
| 8 Zigarrenarbeiter, | 1 Bäcker, |
| 7 Schriftsteller, | 1 Optiker, |
| 6 Schuhmacher, | 1 Töpfer, |
| 5 Schneider, | 1 Bergarbeiter, |
| 5 Lehrer, | 1 Glasarbeiter, |
| 4 Schriftsetzer, | 1 Sattler, |
| 4 Bauarbeiter, | 1 Schneider, |
| 4 Redakteure, | 1 Tapezierer, |
| 3 Buchdrucker, | 1 Maler, |
| 3 Kaufleute, | 1 Buchbinder, |
| 2 Textilarbeiter, | 1 Uhrmacher, |
| 2 Transportarbeiter, | 1 Eisenbeschläger, |
| 2 Bureaugehilfen, | 1 Holzbildhauer, |
| 1 Pfarrer, | 1 Müller und |
| 1 Gärtner, | 1 Matrose. |

Die Zusammenstellung zeigt, daß wohl kaum einer der üblichen Handwerksberufe unter den 110 Mann nicht vertreten ist. Dasselbe trifft für die ungelerten und die intellektuellen Berufe zu. Der ehemalige Pfarrer ist Genosse Göhre. Der ehemalige Offizier ist Genosse Wolmar. Er wurde als oberer Beamter des Reichsheeres (Feldisenbahner) schwer verwundet. Aber auch sonst sind die Militärverhältnisse den 110 Mann nicht unbekannt, nahezu die Hälfte diente im Reichsheer, kennt also die Verhältnisse aus erster Hand.

Alles in allem: die Zusammenstellung zeigt, daß auch unter den Gesichtspunkten unserer Gegner an der Zusammenfassung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage nichts auszusetzen ist.

Ist der Kinderzuzuwachs Deutschlands schwarz oder rot?

Eine geradezu phänomenale Entdeckung hat der Professor Wolf gemacht, — die „Germania“ jubelt vor lauterst über den frommen Schwarm der frommen Sozialdemokratie wird nur durch den ehelichen Eifer der frommen Zentrumsleute größer! Der Geheimrat Regierungsrat und Universitätslehrer Wolf in Breslau weist nämlich in einem Buche nach, daß die sozialdemokratischen Chemänner und Ehefrauen für die Versorgung der Partei mit sozialdemokratischem Nachwuchs absolut nicht zu haben sind, das, was hier vernachlässigt werde, müssen die — Zentrums-wähler tun.

Wie beweist der große Breslauer Wolf seine Behauptungen? Nun, sehr einfach! Er stellt den Prozentziffern der Lebendgeburten aus dem Jahre 1908 für einzelne preussische Landesteile die entsprechenden sozialdemokratischen und zentralistischen Wählerstimmen gegenüber! Das gibt Geheimrat Wolf allerdings zu: eine geheime Programmabsicht der beiden politischen Parteien besteht zur Erzeugung eines bestimmten quantitativen Nachwuchses nicht, aber die Zugehörigkeit zu einer dieser Parteien bringt, resp. setzt voraus, eine Weisheits- und Seelenverfassung, die, sei es der Verminderung der Geburtenziffer, sei es dem unbekümmerten „Stückgehenlassen“ auf diesem Gebiete, also der größeren Geburtenziffer günstiger ist.

Und nun zum Wolfischen Beweis. In Berlin wurden 1908 auf 1000 Einwohner 23,9 Kinder geboren, und — 1907 — 66,2 Proz. rote unter allen Wahlstimmen gezählt. In Posen betrug die Geburtenziffer 39,7, dafür aber die sozialdemokratische Prozentziffer nur 9! Also: die Bevölkerungszunahme in Deutschland, zumal in Norddeutschland, wird heute im wesentlichen dem katholischen Volksteil gedankt. Die Sozialdemokratie übt sich in Abstinenz.

Mitunter stimmt nun leider die Beweismethode des Professors nicht ganz. So für den Regierungsbezirk Aachen. In dieser Zentrumshochburg wurden 1907 86 Proz. aller Stimmen für das Zentrum abgegeben, die Geburtenziffer beträgt aber trotzdem nur 33,8 auf 1000 Einwohner, nicht wie nach der Wolfischen Theorie anzunehmen wäre, 50 oder 60. Hier wirkt leider „die Nähe der belgisch-französischen Grenze“ auf den ehelichen Eifer der Zentrumsleute unangenehm ein.

Sehen wir aber einmal die Sache von einer anderen Seite an. Es ist richtig, daß die konservativ-ländlichen und ebenso die vom Zentrum beherrschten Gegenden Deutschlands höhere Geburtenziffern aufweisen, als die sozialdemokratischen Gebiete. Die Geburtenziffer beweist aber für die Nachwuchsleistung noch garnichts. Das ergibt sich erst, wenn verhältnismäßig wird, wieviele Menschen von den Geborenen der Gesellschaft erhalten bleiben! In Berlin starben unter 100 Säuglingen im Jahre 1908 16,8, in Schlesien dagegen 20,2 und in Westpreußen sogar 21,2! Hier ist also das Fehlen der Sozialdemokratie daran schuld, daß soziale Kinder sinn- und nutzlos geboren werden, nur um schon im ersten Lebensjahre wieder zu sterben. Prüfen wir aber einmal die Sterbeziffern der unehelich geborenen Säuglinge — dieser Marias unserer gräßlichen Weltordnung — da ergibt sich, daß in den frommsten Gegenden Deutschlands der unchristlichste Kindermord getrieben wird. In Berlin starben 1908 unter 100 unehelich geborenen Säuglingen 28,2, in Schlesien dagegen 30,9 und in Westpreußen sogar 33,6! Auch hier ist es das Fehlen der Sozialdemokratie, welches solche Zustände möglich macht, nur die Sozialdemokratie kümmert sich ernsthaft um den Nachwuchs der Gesellschaft.

Für Wolf ist allerdings die Erkenntnis — wohlgemerkt die eingebildete —, daß die Sozialdemokratie die Zentrums-kinder wegschnappt, sehr bitter! Ja, warum sind die Zentrums-wähler im Ehebett so — fromm!

Über den Anteil des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität in Deutschland

veröffentlicht der Berliner Landgerichtspräsident Geh. Oberjustizrat Lindenberg in der „Deutschen Juristenzeitung“ vom 1. März eine interessante Statistik. Danach gestaltete sich der Anteil an den Verbrechen oder Vergehen gegen die Reichsgeetze wie folgt:

Gesamtzahl der Verurteilten	Von 100 Verurteilten waren	
	männlich	weiblich
1884 281 037	64 840	51,4
1889 308 157	66 449	82,0
1899 408 816	74 886	84,4
1909 468 904	85 879	84,2

Hieraus geht hervor, daß der Anteil des weiblichen Geschlechts an der Kriminalität in den letzten 25 Jahren gesunken ist. In den letzten 10 Jahren zeigt die Statistik allerdings ein leises Hin- und Herbewegen der Ziffer mit einer für die beiden letzten Jahre festzustellenden geringen Neigung zum Steigen. Wie sich der Anteil der Frau auf die vier großen Gruppen verteilt, in welchen die deutsche Kriminalstatistik die Straftaten sondert, ergibt die nachstehende Tabelle. Von 100 Verurteilten gehörten dem weiblichen Geschlecht an bei den Verbrechen und Vergehen:

	1884	1889	1899	1909
gegen Staat, öffentliche Ordnung u. Religion	9,5	9,8	10,9	14,0
gegen die Person	15,3	15,1	13,9	14,6
gegen das Vermögen	24,3	23,8	18,8	17,6
im Amte	8,3	8,0	7,4	5,5
Zum Schluß werden noch einige Delikte hervorgehoben, an denen die Frau hauptsächlich beteiligt ist. Von 100 Verurteilten entfallen auf das weibliche	1884	1889	1899	1909
Verletzung der Eidespflicht	26,0	25,1	29,2	29,5
Hehlerei	42,8	40,4	33,4	28,8
Beleidigung	27,8	27,5	26,5	27,5
Diebstahl	27,9	27,9	24,8	20,8
Brandstiftung	19,9	18,4	21,8	17,5
Unterschlagung	19,8	20,3	17,1	17,0
Urkundenfälschung	17,2	18,6	16,2	16,4
Betrug	21,5	20,6	16,5	15,4
Mord und Totschlag	19,1	18,8	22,8	12,1

Die Statistik ist um so interessanter, als doch in zunehmendem Maße die weiblichen Personen Anteil an wirtschaftlichen und öffentlichen Leben nehmen. Damit wird auch den Einwänden der Gegner der Frauenbewegung begegnet, nach welchen durch das Eintreten der Frauen in das wirtschaftliche und öffentliche Leben deren Charakter erheblich gefährdet würde.

Soziales.

Die Ärzteverbände und der Generalstreik. Die ärztlichen Zeitschriften geben zurzeit folgenden gemäßigten Bericht des Leipziger Ärzteverbandes und des deutschen Ärztevereinsbundes bekannt:

Zur erfolgreichen Durchführung der Forderungen der ärztlichen Organisation sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden; es ist vielmehr ein gleichzeitiges, geschlossenes, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller ärztlichen Lokalorganisationen unerlässlich.

Diese Beschlüsse werden auf Seiten der Krankenkassen Gegenmaßnahmen hervorrufen. So leicht, wie sich die Leiter des Leipziger Verbandes die Durchführung eines Generalstreiks der Ärzte vorstellen, wird das nicht gehen.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe soll künftighin in einem besonderen Reichsgeetz geregelt werden, um zu ermöglichen, daß auch solche Gewerbebetriebe betroffen werden, die der Gewerbeordnung nicht unterliegen, z. B. das Gewerbe der Spektreure, der Versicherungsunternehmer, der Konsumvereine usw. Die ganze Materie wird von nur 15 Paragraphen umfaßt. In § 2 des Entwurfs wird bestimmt, daß in den Kontoren und in den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben des Handelsgewerbes die höhere Verwaltungsbehörde oder die Gemeinde eine Beschäftigung bis zur Dauer von 2 Stunden zulassen dürfe. Als Höchstmaß der Beschäftigungszeit legt der Entwurf drei Stunden fest, doch kann die höhere Verwaltungsbehörde eine Beschäftigungsdauer bis zu 4 Stunden zulassen. Die Gemeindeverwaltung kann durch statutarische Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbe-zweige auf kürzere Zeit einschränken oder ganz untersagen. Die Polizeibehörde kann ferner für jährlich höchstens sechs Sonn- und Festtage, an denen örtliche Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu 10 Stunden zulassen. Die Stunden können für verschiedene Gewerbe-zweige verschieden festgesetzt werden.

Erfolg des sozialdemokratischen Schnapsbottels. In einer Sitzung des Düsseldorf Bezirksausschusses brachte ein auf Erteilung einer Wirtschaftskonzession antragender Gastwirt zur Sprache, daß nach seiner und seiner Kollegen Erfahrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Schnapskonsum um mindestens 50 Prozent zurückgegangen sei. Als Grund gab der Wirt den sozialdemokratischen Schnapsbottel an. — Auch an diesem Beispiel zeigt sich wieder, in welch eminentem Maße die Arbeiterbewegung Kulturarbeit verrichtet.

Ein Sittenbild vom Lande.

Vom Schwurgericht Dessau wurden Vater, Mutter und Sohn der Bauernfamilie Krause in Lupo wegen Verletzung zum Meibeld zu drei bezahlungswise zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

In Lupo im Anhaltischen, einem Dorfe mit gutkultivierter Bauernbevölkerung, hat sich ereignet, daß eine Magd ein Kind bekam. Diesmal war's aber kein Knecht gewesen, auch kein Injektor oder Verwalter, sondern der Sohn der Hausfrau selbst. Verdammt Geschicht!

Die Magd ist da, das Kind auch, aber der Vater — nein, der Vater darf nicht offenbar werden. Und wenn man irgendeinen unschuldigen Dritten zum Vater suchen und bringen sollte!

Zunächst wird alles abgestritten. Der stillliche Ruf der Magd wird als abgrundschlecht dargestellt. Siebzehn, sage und schreibe: siebzehn Personen gabelt das würdige Bauernhaus auf, die bekunden sollen, daß sie mit der verdröhten Magd in Umgang gestanden hätten. Inbes: sie verlangen, Reiner von den siebzehn will sich wider sein Gewissen hergeben.

